

Dienstag, 14. Juni 2016

Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Vitus Dermont
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Felix (Scul), Marti
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Dermont: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit der Arbeit fortfahren können. Grazia fitg. Danke. Gemäss Arbeitsprogramm kommen wir jetzt zum Auftrag von Grossrat Ilario Bondolfi. Die Regierung ist bereit in ihrem Sinne den Auftrag entgegenzunehmen. Somit könnten wir eigentlich abstimmen. Grossrat Bondolfi wünscht das Wort. Sie haben das Wort.

Auftrag Bondolfi betreffend Wandern = Graubünden (Wortlaut Februarprotokoll 2016, S. 633)

Antwort der Regierung

Graubünden ist in Bezug auf das Wandern bereits heute gut positioniert, zählt Wandern doch zu den wichtigsten Reisemotiven von Gästen, die Graubünden besuchen. Graubünden verfügt mit rund 11 000 Kilometern über ein sehr ausgedehntes Wanderwegnetz, das hervorragend signalisiert und gut unterhalten ist; für Bau und Unterhalt sind gemäss Strassengesetz die Gemeinden zuständig. Es zählt zu den Kernaufgaben jeder Destinationsmanagement-Organisation und einzelner Anbieter, das Wanderangebot zu bewerben.

Seit 2007 stellt der Kanton einen wesentlichen finanziellen Beitrag für die Kommunikationskampagne «Gian & Giachen» zur Verfügung. Die öffentliche Hand leistet damit zusammen mit touristischen und nicht touristischen Partnern einen Beitrag zur Nachfragesteigerung von Angeboten, Dienstleistungen und Produkten aus Graubünden. Zu den kommunizierten Angeboten gehört bereits bis anhin und auch aktuell das Thema Wandern, wie die Massnahmen von Graubünden Ferien (GRF) für den Sommer 2016 zeigen.

GRF bewirbt verschiedene Wanderangebote und Wandertouren für diverse Gästesegmente (Weitwanderungen und Trekking, Panoramawanderungen, Themenwege, Familienwanderungen, Kulinarik- und Genusswanderungen, alpine Wanderungen, Naturpärke, SAC-Hütten usw.). Auf der Website www.graubuenden.ch finden sich dazu detaillierte Informationen. Zudem wurde auch eine Wander-App entwickelt (Inhalte: ständig wachsende Zahl an Touren auf topografischen Karten im Massstab 1:25 000, auch offline nutzbar; Tourenplaner mit auto-

matischen Routings u.a.m.). Weiter ist der Kanton seit Bestehen von SchweizMobil, dem Schweizer Netzwerk für den Langsamverkehr, aktiver Partner und setzt sich für die Weiterentwicklung verschiedener Langsamverkehr-Arten (Wandern, Biken usw.) ein. Zurzeit werden 66 Bündner Wanderrouen mit einer breiten Vernetzung auf die übrigen Tourismus-Dienstleistungen auf www.schweizmobil.ch beworben. Die Marketingmassnahmen werden vom Kanton im Rahmen des GRF-Leistungsauftrags unterstützt.

Der Kanton unterstützt die Gemeinden hinsichtlich Signalisation und Qualitätssicherung durch das Tiefbauamt als Fachstelle für Langsamverkehr mit Beiträgen an den Wegausbau (seit 1. Januar 2016) und an die Signalisationskosten sowie durch Leistungsvereinbarungen mit SchweizMobil und der BAW Bündner Wanderwege, welche verschiedene Aufgaben in diesem Bereich wahrnehmen, wie die übergeordnete Zustandskontrolle des Weg- und Routennetzes sowie die Nachführung der verschiedenen Inventare.

In den Jahren 2010 bis 2015 hat der Kanton erfolgreich das Projekt graubündenBIKE umgesetzt. Finanziert wurde das Projekt auch von der Stiftung für Innovation, Forschung und Entwicklung Graubünden sowie aus Mitteln der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP). Nicht zuletzt dank diesem in den Jahren 2010 bis 2015 umgesetzten Projekt graubündenBIKE steht heute Graubünden im wertschöpfungsintensiven Mountainbike-Segment gesamtschweizerisch an erster Stelle.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Graubünden und damit die Wertschöpfung zu steigern, hat die Regierung im Jahr 2015 ein mehrjähriges Projekt graubündenHIKE lanciert, das in Analogie zu graubündenBIKE verschiedene Elemente des Wandertourismus umfasst und alle relevanten Partner einbindet. Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wandertourismus in den Bereichen Wegnetz und Infrastruktur, Transport, Beherbergung und Gaststätten, Guides, Angebot und Services, lokale Wanderkultur, Events sowie Organisation und Vernetzung. Dabei wird auch dem veränderten Gästebedürfnis Beachtung geschenkt. Die einzelnen Massnahmen werden dabei in enger Zusammenarbeit mit den touristischen Leistungsträgern erarbeitet und umgesetzt. Das Projektvolumen beträgt 3,2 Millionen Franken, davon werden vom Kanton 0,6 Millionen und

vom Bund (NRP) 0,4 Millionen Franken finanziert. Das Projekt graubündenHIKE wird zudem von einer breit abgestützten Begleitgruppe aus nationalen und kantonalen Fachorganisationen (z.B. Schweizer Alpen-Club SAC, SchweizMobil, Schweizer Wanderwege, BAW Bündner Wanderwege usw.) in strategischen Fragen unterstützt. Damit und mit der Umsetzungsverantwortung der Destinationen und Leistungserbringer scheint für die Regierung der Einbezug externer Kompetenz auszureichen. Sie sieht von der Bildung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe ab.

Grundlagen zur zielgerichteten Weiterentwicklung des Wandertourismus liegen somit ausreichend vor. Eine weitere «gezielte und nachhaltig angelegte Werbekampagne» zur Positionierung von Graubünden als Wanderparadies, im Umfang von mehreren Millionen Franken pro Jahr, finanziert aus Mitteln der öffentlichen Hand, beurteilt die Regierung als nicht zielführend und angesichts der beschränkten finanziellen Ressourcen auch nicht als realistisch. Die Regierung verzichtet auf eine Auftragserteilung an eine externe Arbeitsgruppe. Sie will den mit dem Projekt graubündenHIKE gewählten Ansatz mit gleichzeitiger Sicherstellung der Qualität des Angebotes fortführen. Es obliegt den Tourismusorganisationen (inkl. GRF) und weiteren touristischen Leistungsträgern, das Thema Wandern in ihr Portfolio einzubinden und bekannt zu machen.

Die Regierung kommt zum Schluss, dass die wichtigsten im Auftrag formulierten Forderungen bereits in Umsetzung sind. Dieser Umsetzungsprozess wird fortgesetzt. In diesem Sinne beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Auftrag entgegen zu nehmen.

Bondolfi: Ich wünsche Diskussion.

Antrag Bondolfi
Diskussion

Standespräsident Dermont: Grossrat Bondolfi wünscht Diskussion. Ich frage den Rat an, wird dagegen opponiert? Das ist nicht der Fall. Sie können sprechen.

Abstimmung

Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Bondolfi: Eigentlich müsste ich ja mit der Antwort der Regierung zufrieden sein. Sie ist ja bereit, diesen Auftrag entgegenzunehmen. Das ist aber nicht der Fall. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort der Regierung. Der Auftrag verfolgt grundsätzlich zwei Ziele. Zum einen das Aufgleisen einer Werbekampagne, welche Graubünden national und international als die Wanderdestination positionieren soll. Zum anderen die Gründung einer externen Gruppe, welche die Projektleitung übernehmen soll. Die Regierung lehnt faktisch beides ab. Sie ist aber dennoch bereit, den Auftrag im Sinne ihrer Erwägungen entgegenzunehmen. Das ist, mit Verlaub, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, widersprüchlich und paradox. Wenn die Regierung einen Auftrag nicht überwiesen haben will, und das ist ihr gutes Recht, dann soll sie diesen ablehnen und nicht versuchen, wie dies in letzter Zeit öfters der Fall gewesen ist, den Motionär oder die

Mitunterzeichner zu besänftigen und umzustimmen, indem sie den ursprünglichen Auftrag verwässert, diesen dann aber gleichzeitig im Sinne ihrer Erwägungen zur Überweisung empfiehlt. Das ist nicht korrekt und ist viel mehr Ausdruck einer irreführenden, intransparenten und inkohärenten Politik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute den Auftrag im Sinne der Regierung überweisen, dann geschieht rein gar nichts. Wir können zwar im Rahmen der Diskussion nochmals betonen, wie wichtig der Wandertourismus für unseren Kanton ist. Bei der Überweisung im Sinne der Regierung lassen wir es aber bei diesem Lippenbekenntnis bewenden. Effiziente Politik sieht anders aus. Das war auch nicht die Zielsetzung dieses von mir und weiteren 66 Mitunterzeichner des Vorstosses. Ich bleibe daher bei der ursprünglichen Fassung und bitte Sie, den Auftrag in seiner originären Version zu überweisen. Welche Überlegungen liegen diesem Auftrag zugrunde? Unser Tourismus befindet sich seit Jahren in einem lethargischen Zustand. Niemand will an der immer schlimmeren Misere schuld sein. Verantwortlich sind externe Faktoren wie das schlechte Wetter, der Klimawandel, der starke Franken, die überfreundlichen und erfolgreichen Nachbarn etc. Die verantwortlichen Institutionen bewegen sich meist im Kreis. Im Wirtschaftsentwicklungsbericht und bei der Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden haben wir gebetsmühlenartig wiederholt, dass auch im Tourismus aufgrund der Knappheit der Ressourcen eine Priorisierung und Fokussierung in der Verwendung der Mittel erforderlich sei. Es könne nicht überall alles gefördert werden. Das Kooperationsprogramm im Bündner Tourismus 2014-2021 bildet die Grundlage für die Tourismusförderung durch den Kanton der nächsten Jahre. Wenn man dieses Programm, die darauf fussenden Ziele oder die darauf basierenden Projektbeiträge konsultiert, so ist von Fokussieren und Priorisieren keine Spur. Viel mehr gilt hier die Maxime von allem etwas. Da werden als beispielhafte Projekte und Massnahmen aufgeführt: Beiträge für periodische Strategieprüfungen von DMO, Beiträge für Führungs- und Strategiereviews, Beiträge für Schulungsprogramme, für Kader und Vorstände im Tourismus, Beiträge für Managementseminare für den Bündner Touristiker und Nachwuchskräfte. Biketourismus gehört sowie ein Kooperationsprojekt zur Bearbeitung des Marktes Skandinavien, Zielgruppe Schneesportler, ebenfalls dazu. Die Liste liesse sich beliebig weiterführen. Auffallend ist ebenso, dass viele öffentliche Gelder für Massnahmen eingesetzt werden, die keinen unmittelbaren Nutzen für den Tourismus haben und deren Wirkung im Ziel äusserst fraglich erscheint. Das richtige und wichtige Tun, sich noch besser organisieren, sich den Spiegel durch Experten vorhalten zu lassen, so lautet wortwörtlich die Devise auf Seite 21 des Programmes. Weiter auffallend sind die vielen Studien, die von der öffentlichen Hand zum Thema Tourismus in Auftrag gegeben werden. Eine solide Lagebeurteilung ist zweifelsfrei unentbehrlich. Nur mit Studien und Expertenberichten werden wir aber den Tourismus kaum aus der aktuellen Misere helfen.

Wir müssen uns, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Sinne von Fokussieren und Priorisieren auf unsere

Stärken besinnen. Wandern ist eine davon. Die Wanderinfrastruktur dazu ist in unserem Kanton weitestgehend vorhanden. Was fehlt ist die Bekanntheit derselben und der dadurch erfahrbaren Schönheiten von Volk und Land. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass Grundlagen zur zielgerichteten Weiterentwicklung des Wandertourismus ausreichend vorliegen würden. Dies trifft nur bedingt zu. Was fehlt ist eine weit abgestützte Strategie die schönsten und ausgeprägtesten Wandermöglichkeiten des Alpenraums, nämlich jene im Kanton Graubünden, so nach aussen zu tragen, der nationalen und internationalen Öffentlichkeit so darzulegen, dass sie die gemachte Aussage mit unterstützt. Dies blendet die Regierung in ihrer Antwort vollständig aus. Oder ist etwa die Regierung der Auffassung, dass Graubünden schon heute als Wanderdestination hinreichend bekannt und anerkannt wird und ist. Das dürfte kaum der Fall sein. Fakt ist vielmehr, dass Graubünden heute vor allem als Winterskiort und nicht auch als Wanderort wahrgenommen wird. Die bisherigen Bemühungen, Graubünden als Wanderparadies bekanntzumachen, waren bis heute nicht zielführend. Dazu gehört auch die Kampagne mit den Steinböcken Gian und Giachen. Eine Kampagne, die seit 2007 vom Kanton wesentlich finanziell unterstützt wird. Die zwei Steinböcke wirken zweifelsohne sympathisch, authentisch und humorvoll. Der melodische Bündner Dialekt leistet sicher auch seinen Teil zum Erfolg. Langsam dürfte aber der Sättigungsgrad erreicht sein. Gian und Giachen werden für jeden erdenklichen Werbespott eingesetzt. Innovation ist die Essenz der Werbung. Innovation kommt von innovare, erneuern. Erforderlich sind auch bei Graubünden Ferien neue Ideen und nicht die Präsentation des bestehenden in anderer Form.

Die Regierung weist in ihrer Antwort weiter auf das Konzept GraubündenHIKE hin. Dieses ist im März 2014 verfasst worden. Es zeigt die wirtschaftliche Bedeutung des Wanderns auf. Diese Studie ist aber toter Buchstabe geblieben, ist kaum bekannt und ist bis heute kaum umgesetzt worden. An diesem Beispiel zeigt sich in optima forma ein Aspekt des Problems. Es werden besonders im Tourismus zahlreiche Studien und Konzepte erarbeitet, welche aber keine Wirkungen zeitigen, weil sie nicht effektiv umgesetzt werden. Deshalb braucht es eine autonome gemischte Arbeitsgruppe. Hier könnte man mit einer Aufteilung von je einem Drittel Tourismus, einem Drittel Politik und Verwaltung einem Drittel Ausstehenden erwägen. Diese soll mit einem zeitlich befristeten und klar umrissenen Auftrag bedacht werden. Sie hat ihre Ergebnisse und Ziele darzulegen. Ihre Wirkung im Ziel soll einer regelmässigen Kontrolle durch Dritte unterzogen werden. Weshalb eine autonome Arbeitsgruppe? Eine Arbeitsgruppe ist dynamisch, bringt neue Ideen auf den Tisch und muss keine langen Entscheidungsprozesse durchlaufen. Sie arbeitet rasch und es ist heute wesentlich und soll Graubünden als Wanderoase national und international in absehbarer Zeit bekannt werden lassen. Dies stellt ein effektiver Beitrag zum Bündner Tourismus dar. Die Reaktionszeit der heutigen Leistungserbringer dauert demgegenüber schlicht zu lange. Graubünden als Wanderoase ist im Dickicht der Konzepte zu lange vernachlässigt worden.

Graubünden Ferien kann es sich offenbar leisten, in dieser äusserst schwierigen Zeit ein Jahr lang ohne Geschäftsführer zu arbeiten. Gleichlange dauerte in etwa auch die Vorarbeit für die Präsentation der neuen Strategie. Dies sind Fakten, die in der Privatwirtschaft undenkbar sind.

Il mercato italiano per il turismo grigionese è di basilare importanza, non solo per l'Alta Engadina, ma per tutto il Cantone dei Grigioni. Graubünden Ferien o Grigioni Vacanze non è presente sulla piazza italiana. Non c'è una documentazione in italiano relativa a questa associazione. Credo che non servano particolari studi o valutazioni per capire che questo sia un errore madornale al quale va posto immediatamente rimedio. Non so se sia una questione di mandato di prestazione o di impostazione di strategia, chiedo tuttavia al Governo di voler prendere alla mano la questione in modo tale da avere una presenza da parte del Cantone dei Grigioni anche sull'importante mercato italiano.

Die Regierung führt in Bezug auf die Finanzen aus, ich zitiere: „Eine weitere und gezielte und nachhaltig angelegte Werbekampagne zur Positionierung von Graubünden als Wanderparadies im Umfang von mehreren Millionen Franken pro Jahr finanziert aus Mitteln der öffentlichen Hand, beurteilt die Regierung als nicht zielführend und angesichts der beschränkten finanziellen Ressourcen auch nicht als realistisch.“ Zitat Ende. Die Regierung führt oft und gerne vorab das Argument der Finanzen ins Feld, wenn sie einen Auftrag ablehnen will. In diesem Fall stellt sich die Regierung auf den Standpunkt, dass der geforderte Mitteleinsatz nicht zielführend und nicht realistisch sei. Weshalb dies der Fall sein soll, begründet sie nicht weiter. Sie lässt es vielmehr bei dieser pauschalen Behauptung bewenden. Gute Politik basiert aber nicht auf Behauptungen, sondern auf Fakten. Tatsachen, welche die These der Regierung untermauern würden, fehlen vorliegend. Das Verhalten der Regierung erstaunt daher sehr. Die Regierung macht keine Ausführungen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der einzusetzenden Mittel. Bei einer Investitionsentscheid ist aber nicht primär die Quantität der einzusetzenden Mittel, sondern viel mehr der wirtschaftliche Nutzen, den diese bewirken, von Relevanz. Erst wenn dargelegt wird, dass die geforderten Mittel gleich oder höher sind als der zu erwartende Nutzen, kann behauptet werden, dass die Investitionen nicht zielführend sind. Diesen Beweis ist die Regierung uns schuldig geblieben. Zu überzeugen vermag dieses Argument der Regierung aber auch nicht, wenn man bedenkt, wie dieselbe Regierung in bestimmten Situationen schnell und grosszügig reagieren kann. Die Regierung konnte kürzlich relativ rasch 10,8 Millionen Franken für den Erwerb der Baurechte der Pfeiffer-Gruppe in Domat/Ems mit einer Gesamtkostenspanne von bis zu sage und schreibe 23 Millionen Franken für unter anderem vertragsuntypische Leistungen wie die Renaturierung der Baurechtsfläche freigeben. Vor diesem Hintergrund sollten die für die Einsetzung der Arbeitsgruppe und die entsprechenden Massnahmen benötigten finanziellen Mittel im weit unten anzusetzenden einstelligen Millionenbereich keine grösseren Schwierigkeiten darstellten. Umso mehr als die kantonalen Finanzen, wir haben es in dieser Session bereits gehört,

mehr als in Ordnung sind. Ich komme zum Schluss und ersuche Sie abschliessend, meinen Auftrag in der ursprünglichen Form zu überweisen. Heute haben Sie die Wahl, etwas Effektives für unseren darbenenden Tourismus zu tun oder aber in weiterführender Lethargie zu verharren. Entscheiden Sie sich für das erstere.

Antrag Bondolfi

Überweisung des Auftrages in der ursprünglichen Fassung.

Mani-Heldstab: Graubünden ist ein Wanderkanton und einer der schönsten dazu. Haben Sie gewusst, dass es in Graubünden bereits seit Jahren verschiedenste Angebote für den Wandertourismus gibt? Als Präsidentin der Walservereinigung Graubünden stehe ich selber für eines dieser Angebote. Es ist der Walserweg Graubünden. Er wurde im Jahre 2010 eingeweiht als ein umfassendes, vielseitiges und vor allem authentisches Wandererlebnis in 19 Etappen von San Bernardino durch viele Bündner Walserregionen bis in den Rätikon. Dabei steht nicht nur das Wandern im Zentrum, vielmehr bietet der Weitwanderweg dem Wandergast ein authentisches Angebot, das ihm die Walserkultur in vielfältigster Art und Weise näherbringt. Daneben gibt es weitere, seit Jahren bewährte Weitwanderwege, wie die Via Valtellina, die Via Spluga, den Jakobsweg Graubünden und andere mehr. Sie sind alle in sich kleine Erfolgsgeschichten, die die Zeichen der Zeit längst erkannt haben und dem Gast eben gerade das bieten, was er immer mehr braucht, nämlich Ruhe und Zeit mit sich selber, um die Schönheiten der Landschaft mit allen Sinnen erfahren zu können. Dabei hat sich Wandern ohne Gepäck als wichtige Grundvoraussetzung bestens bewährt.

Ich habe mich deshalb sehr für den Auftrag Bondolfi interessiert und ich bin Kollege Bondolfi auch dankbar für das Anstossen einer wichtigen Grundsatzdiskussion zum Thema Wandern in Graubünden. Trotzdem konnte ich ihn nicht unterzeichnen, weil er meines Erachtens eine falsche Zielrichtung verfolgt. Wir brauchen nämlich keine teure zusätzlich gross angelegte Werbekampagne. Der Wandertourismus ist bereits mit vielfältigen Angeboten etabliert. Und Graubünden Ferien macht in den letzten Jahren meines Erachtens hervorragende Werbekampagnen. Das darf an dieser Stelle auch einmal erwähnt und verdankt sein. Ebenso verdanken kann ich auch die BAW und möchte das auch hier bewusst erwähnen. Denn es sorgt dafür, dass die Wanderwege stets in sehr gutem Zustand sind. Was jedoch alle Anbieter von Weitwanderwegen gemeinsam haben, sie kämpfen alle mit denselben Problemen. Es kann nämlich nicht sein, dass die einzelnen Organisationen immer als Einzelbittsteller auftreten müssen für ein Angebot, das einzigartig ist. Eben Wandern ohne Gepäck. Graubünden ist führend in diesem Bereich. Und diese Kompetenz, die dürfen wir auf keinen Fall verspielen. Aber viel wichtiger als gross angelegte Werbekampagnen und eine externe neue Gruppe zu installieren, gilt es deshalb als erstes die Basiselemente sicherzustellen für innovative Angebote. Eben z.B. der Gepäcktransport, eine zeitgemässe Hotelinfrastruktur oder überhaupt offene Gasthäuser. Und eine flexible und serviceorientierte Ausrichtung

auf den Kunden. Zum Beispiel indem eine gemeinsame destinationsübergreifende Vermarktungs- und Buchungsplattform fürs Wandern geschaffen wird. Auch sind die Destinationsstrukturen für destinationsübergreifende Angebote eine grosse Herausforderung. Sie fallen eigentlich durch alle touristischen Strukturen. Deshalb muss dringendst in Angriff genommen werden eine gemeinsame Vermarktungs- und Buchungsstelle für Wanderangebote als Eintrittstor für den Wanderer. Eine gemeinsame Vermarktungsstrategie, Einbettung von destinationsübergreifenden Angeboten in die Tourismusstrukturen im Kanton Graubünden. Und eine stabile und zahlbare Gepäcktransportlösung. In erster Linie mit den öffentlichen Transportunternehmen wie RhB und Postauto. Die Kostenoptimierung bei der RhB, das haben wir gerade auch im Bericht gesehen, die hat eben direkt Einfluss auf den Gepäcktransport. Personaleinsparungen an Bahnhöfen resultiert dann darin, dass der Gepäckumlad reduziert wird oder eben nicht mehr möglich ist. Das ist sehr schade und bedauerlich. Und dies aber, dies muss unter anderem die Aufgabe von GraubündenHIKE sein. Das als Impulsprogramm von Bund und Kanton mit je einer Million Franken während vier Jahren unterstützt wird und vom AWT begleitet wird. Die Umsetzung ist dann beim Amt für Langsamverkehr. In diesem Zusammenhang verstehe ich den Unmut von Kollege Bondolfi durchaus. Es geht nämlich wirklich nur darum, dass man die nötigen Synergien besser nutzt und die grundlegenden Probleme angegangen werden. Es ist schon recht und natürlich kann man Wanderbegrifflichkeiten verbessern. Man kann Studien verfassen oder kleine gewisse Qualitätsprogramme unterstützen. Aber das nützt der Sache wenig, wenn grundlegende Probleme in der Angebotsgestaltung ungelöst bleiben.

GraubündenHIKE muss die bereits bestehenden etablierten Wanderangebote deshalb wahrnehmen, miteinbeziehen und vor allem weitere destinationsübergreifende, gästeorientierte Angebote fördern, damit der heute sehr mobile Gäste den Kanton Graubünden eben als Ganzes erleben kann. Das muss das gemeinsame Ziel sein. Und dafür muss GraubündenHIKE entstehen. Mit dieser Botschaft ans AWT und auch an das Amt für Langsamverkehr, das für die Umsetzung zuständig ist, bin ich der Meinung, dass wir den Auftrag Bondolfi im Sinne der Regierung überweisen sollten, damit eben die Entwicklung und die Stärkung des Wandertourismus in die richtige Richtung geht. Nicht dass wir eine Neue versuchen einzuschlagen, sondern dass wir das Bestehende stärken und nutzen.

Crameri: Wandern ist des Müllers Lust, aber nicht nur. So ist das Wandern, wie in der Begründung des Auftrages beschrieben, bei fast der Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer die beliebteste Freizeitaktivität. Und ich bin überzeugt, dass diese Quote hier in diesem Rat noch höher liegt. Der Auftrag Bondolfi zielt genau in die richtige Richtung. Er beabsichtigt die Stärkung des Sommertourismus. Der Wintertourismus ist bekanntlich besonders unter Druck, Stichwort Klimawandel. Es ist deshalb absolut richtig, wenn wir vermehrt auf den Sommertourismus setzen und diesen als zweites tragendes Standbein der Tourismusbranche stärken in diesem

Kanton. Ganz im Sinne von Bergsee statt Mittelmeer. Graubünden ist mit seinen über 11 000 Wanderkilometern ein echtes Wanderparadies und zwar nicht nur im wunderschönen Albulatal. Das gilt es vermehrt und besser zu vermarkten. Eine gezielte und nachhaltige nationale und internationale Werbekampagne ist daher der richtige Weg, um unser Wanderparadies noch bekannter zu machen. Richtig ist auch, wenn der Kanton hier aktiv wird. Es braucht ein koordiniertes Vorgehen. Die Vermarktung der einzelnen Regionen und touristischen Angebote soll dann den Destinationen vor Ort obliegen. Zu begrüssen ist auch eine unabhängige Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befasst. Die Aussensicht könnte hier zu neuen wichtigen Erkenntnissen führen, die man im Daily Business vielleicht einmal vergisst oder verkennt. Noch ein Wort zu meiner Vorednerin. Frau Mani, Sie haben wirklich gute Beispiele im Kanton Graubünden genannt. Ich habe viele von ihnen selber nicht gekannt und das spricht umso mehr für die Überweisung des Auftrages Bondolfi im ursprünglichen Sinn. Was nützt es uns, wenn wir in diesem Kanton eine hervorragende Wanderinfrastruktur haben, die niemand kennt. Und hier übrigens leistet auch die BAW eine hervorragende Arbeit, dass wir so tolle Wanderwege haben. Aber wir müssen, was wir haben, besser vermarkten und gezielt vermarkten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen ich bitte Sie daher, den Auftrag Bondolfi im ursprünglichen Sinn zu überweisen.

Engler: Bereits beim Durchlauf des Auftrages habe ich mich geärgert und diesen daher auch nicht unterzeichnet. Nun muss ich leider einen Entscheid der Regierung lesen, welcher mich nochmals ärgert und hier bin ich mit Kollege Bondolfi einig. Der ist schwammig und hätte besser von der Regierung gerade abgewiesen werden sollen. Tatsache ist doch, dass der Auftrag Bondolfi am Ziel vorbeiführt und die bestehenden Angebote und Vorlagen ausblendet. Was mich am Auftrag am meisten irritiert ist die Forderung, um noch mehr Geld für die Bewerbung eines Angebotes, welches bereits heute von Seiten GRF, den DMO's oder RTO's an vorderster Front im Sommergeschäft beworben wird. Auch sind die Aufgaben im Leistungsauftrag und in der neuen Strategie von GRF klar definiert und vielleicht haben Sie das Umdenken bei den grösseren DMO's auch festgestellt, welche ein gesamtheitliches Graubünden in ihre Denkweise vorantreiben. Ich habe es schon während anderen Sessionen gesagt, dass die Produktgestaltung und die Lancierung von Produkten ganz klar Aufgabe der Leistungsträger ist. Angefangen von Graubünden Ferien über DMO's, RTO's bis hin zu den übrigen Dienstleistern und Hotels, Bergbahnen usw. Es kann und darf nicht sein, dass die Aufgaben der Touristiker immer wieder dem Kanton aufgehalst werden. Auch darf es nicht unsere Aufgabe als Parlamentarier sein, dass wir mit Aufträgen und Anträgen immer wieder die operativen Stellen belehren wollen, obwohl der grösste Teil aller Besserwisser die wahren Hintergründe und Rahmenbedingungen nicht kennen. Ich stelle fest, dass hier unsere Fachleute schon einen guten Job machen. Schauen Sie doch einmal die Webseiten an, ah Entschuldigung, schauen Sie doch einmal die Werbeaktionen an. Und hier bin ich anderer

Meinung als Kollege Bondolfi. Der neuste Gian und Giachen Clip im Sinnbild für die Bewerbung als Outdoor-Region Graubünden ist ein sehr gutes Beispiel. Und Marktforschungen zeigen auch, dass man Graubünden Dank diesen beiden Typen vor dem Wallis oder dem Tessin erwähnt, wenn es darum geht um die Bekanntheit. Und dann ganz abgesehen auch noch der letztjährige Onlineauftritt des Alphirten im Hauptbahnhof Zürich, der die Gäste direkt auf seine Alp einlud.

Wo, meine Damen und Herren, informieren sich die heutigen Gäste über die kommenden Ferien? Über die neuen Medien. Zusätzlich habe ich an einem Abend einmal die Suchmaschine laufen gelassen und verschiedene Suchwörter eingegeben. So habe ich z.B. Graubünden Wandern eingegeben. Was kommt als erstes? Ein paar bezahlte Plätze der DMO's und dann GRF mit sage und schreibe 548 Wanderangeboten und Vorschlägen. Wenn ich Wandern Engadin eingebe, komme ich auf die Tourismuseite der DMO Unterengadin Scuol und dann über den Klick Wandern auf dessen Angebote. Die Region Viamala hat auf der Frontseite alle Wanderangebote. Bei der DMO Davos benötige ich drei Klicks und sogar wenn ich Ferien im Misox eingebe, erhalte ich den Link zur Tourismuseite. Hier muss ich noch den Sommer anklicken und dann habe ich die Wanderangebote. Sie haben auch etwas anderes vergessen. Und zwar hat Graubünden vor zwei Jahren ein Wanderapp erstellt, welches dieses Jahr sehr stark beworben wird und bereits 25 Mal heruntergeladen wurde. Zusätzlich haben wir im Kanton die Bündner Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege, welche einen hervorragenden Job macht und bereits eine zusätzliche Expertengruppe darstellt, welche heute schon eng mit den Leistungsträgern der Regionen zusammenarbeitet und dort auch das entsprechende Gehör erhält. Ich frage mich auch ernsthaft, ob alle Unterzeichnenden des Auftrages diesen vor der Unterzeichnung auch gelesen haben. Spätestens bei der Aussage, hierfür sind vom Kanton die erforderlichen Finanzen bereitzustellen, Fachleute gehen von mehreren Millionen pro Jahr aus, hätten die Alarmglocken läuten müssen. Oder gilt hier das Prinzip des schonungsvollen Umgangs mit unseren Finanzen auf einmal nicht mehr. Auch die Forderung nach einer zusätzlichen Arbeitsgruppe nur für Wanderferien ist sehr gefährlich. Denn was machen wir, wenn nächste Woche die nächste Arbeitsgruppe für Langläufer, Schneeschuhwanderer oder Skitourenferien gefordert wird? Alle diese wollen auch vermarktet werden und haben ebenfalls im Kanton einen grossen Stellenwert. Und wenn Sie eine Arbeitsgruppe verlangen, welche, notabene ohne die Leute, welche bereits heute die Werbung machen und zweitens die Gelder sprechen, eingesetzt wird, dann frage ich mich schon, ist es wirklich wegen den Wanderferien oder haben sie andere Hintergedanken. Meine geschätzten Damen und Herren für mich ist dies ein Sturm im Wasserglas, welcher uns nicht weiterbringt, sondern nur Mehrkosten und vor allem zusätzliche Schnittstellenprobleme und Kompetenzgerangel hervorhebt. Aus den erwähnten Gründen lehne ich den Auftrag der Regierung und der ursprünglichen Form ab und danke für die Unterstützung.

Tomaschett (Breil): Graubünden ist meines Erachtens im Produkt Wandern seit Jahren sehr gut positioniert. Es zählt sozusagen zu den Klassikern im Produktportfolio einer Destination. Ein Klassiker darum, weil dieses Produkt, wie der Interpellant auch bestätigt, ein nicht wegzudenkendes Angebot ist und wozu unser Kanton gerade prädestiniert ist. Ein Erfolgsmodell ist aber auch die Bündner Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege. Vom Unterhalt bis zur Beschilderung und Kommunikation des Produktes Wandern machen sie einen ganz ganz tollen Job und dies auf Vereinsbasis. Die Angebotsgestaltung im Portfolio der Destinationen soll jedoch nicht Sache der Politik sein. Das ist Aufgabe der DMO's, der RTO's und Graubünden Ferien. Die Politik kann dem Tourismus mit guten Rahmenbedingungen unter die Arme greifen, indem sie unter anderem Organisationen wie Graubünden Ferien, DMO's und RTO's das Vertrauen schenken und eben auch in schlechteren Zeiten zu ihnen stehen. Sagen wir heute Ja zu diesem Auftrag, weckt dies weitere Begehrlichkeiten, wie Grossrat Peter Engler bereits ausgeführt hat. Graubünden ist eben auch Biken, Gleitschirmfliegen oder Schneeschuhwandern. Ich glaube nicht, dass es den Tourismus weiterbringt, wenn eine Interessensgruppe beispielsweise diejenige der Gleitschirmflieger eine Arbeitsgruppe mit finanzieller Unterstützung des Kantons bildet und unkoordiniert Projekte lanciert. Dafür ist wirklich Graubünden Ferien zuständig. Die Angebote stimmen im Kanton. Wir müssen die nur verkaufen. Sie, ich, er und wir alle. Man muss nicht mit allen getätigten Aktionen von Graubünden Ferien einverstanden sein. Aber als direktbetroffener Partner nehme ich mir den Anspruch, dass ich die Leistung dieser Organisation bewerten kann. Ich bin mit ihrer Leistung zufrieden. Denn die touristische Kompetenz ist in dieser Organisation mehrfach vorhanden. Mit diesen Überlegungen habe ich den Vorstoss eben auch nicht unterschrieben im Wissen, dass die Verantwortlichen mit den uns zur Zeit vorliegenden Rahmenbedingungen alles Mögliche unternehmen, Gäste nach Graubünden zu bringen. So bitte auch ich Sie, liebe Ratskollegen, diesen Auftrag im Sinne der Regierung zu überweisen.

Grass: Als Präsident der BAW möchte ich mich vorab bei meinen Vorrednern für die gemachten Komplimente bedanken. Es hat mich erfreut, dass in der Februarsession, in der ich nicht anwesend war, ein Auftrag zur Förderung des Wanderns eingereicht wurde. Der Auftrag Bondolfi hat zum Zweck, wieder mehr Wandergäste in den Kanton Graubünden zu locken. Dieses Anliegen begrüsse ich natürlich, aber die aufgestellten Forderungen sind schwierig umzusetzen und lösen das Problem der sinkenden Logiernächtezahlen nur zum Teil. Mehr Geld für das Marketing zu fordern, klingt gut. Aber neue finanzielle Mittel bereitzustellen, ist bei der heutigen finanziellen Situation des Kantons nicht angebracht. Eine neue Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen ist ebenfalls nicht zielführend. Dadurch entstehen nur Doppelspurigkeiten und es werden unnötige Ressourcen verschwendet. Und was wir gar nicht brauchen sind Konzepte und Studien, die viel Papier produzieren aber keine Wertschöpfung generieren. Wie die Regierung in ihrer Antwort ausführt, sind einige Massnahmen am Laufen, um in Graubünden

die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Wandern zu steigern. Namentlich das Projekt GraubündenHIKE. Ich gehöre ebenfalls zur Begleitgruppe, welche das Projekt GraubündenHIKE in strategischen Fragen unterstützt. Dort habe ich auch schon kommuniziert, dass die verfügbaren Mittel nicht nur in Marktuntersuchungen und Studien fliessen sollen, wie es bei den bislang vergebenen Massnahmen der Fall ist. Die Rahmenbedingungen im Wandertourismus können nachhaltig nur verbessert werden, wenn Angebote gebündelt, buchbar gemacht und der dazugehörige Service sichergestellt werden. Als Beispiel können die verschiedenen Weitwanderangebote im Kanton Graubünden genannt werden, die vor grossen Herausforderungen stehen. Ebenfalls wichtig ist, dass die bestehenden Leistungsvereinbarungen mit Anbietern und Organisationen im Langsamverkehr weitergeführt werden und keine Kürzung erfahren. Denn bei diesen Organisationen, unter anderem auch der BAW, ist viel Knowhow vorhanden. So sind wir in den Bereichen Infrastruktur, Beratung und Ausbildung tätig. Zudem führen wir seit diesem Jahr auch im Mandat die Buchungsstelle für den Weitwanderweg der Walservereinigung. Und ebenfalls betätigen wir uns an der Entwicklung von neuen Wanderevents.

Was will ich damit sagen? Das Wandern muss nicht neu erfunden werden. Aber das Geld muss dort zur Verfügung gestellt werden, wo effektiv der Wandertourismus gefördert wird und damit nachhaltig zur Wertschöpfungssteigerung im Bündner Tourismus beigetragen wird. Grossrätin Stiffler fragt sich heute Morgen in den sozialen Medien, Zitat: „Mich nähme noch wunder, wie viel der typische Wandertourist in Graubünden ausgibt.“ Zitat Ende. Ich kann Ihnen hier ein, zwei Zahlen liefern. Eine Tageswanderung generiert eine durchschnittliche Wertschöpfung von rund 43 Franken pro Person. Berücksichtigt sind Transport, Verpflegungs- und allfällige Übernachtungskosten. Das scheint als einzelnes nicht so viel, aber es ist dann die Masse, die es ausmacht. Bei 32 Wanderungen pro Jahr, geben die Wanderer jährlich knapp 1400 Franken für das Wandern aus. Zudem wandern tut jeder. Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren wandert. Und zwei Drittel der Schweizer Touristen in der Schweiz wandern. Und zusätzlich hat jeder zehnte Schweizer in den letzten fünf Jahren mindestens eine Woche Wanderferien gemacht. Ich meine, das passt auch zur Strategie von Graubünden Ferien, die vor allem den Schweizer Markt bearbeiten und da liegt noch sehr viel Potenzial drin.

Und hier zu Grossrat Bondolfi. Wahrscheinlich sind Sie nicht im Bilde, welche Marktaktivitäten und Kampagnen Graubünden Ferien diesen Sommer fährt. Hier ist noch einiges zu erwarten. Ich bin im Besitz der Unterlagen und könnte Ihnen hier auch noch weitere Auskünfte geben. Ebenfalls habe ich das Gefühl, dass Sie nur das Konzept zu GraubündenHIKE studiert haben. Aber nicht im Bilde sind, welche Massnahmen am Laufen sind und was da noch alles möglich ist oder geplant ist. Dann würden Sie auch nicht nur Geld fürs Marketing fordern, sondern Sie müssten Geld für Infrastrukturen und konkrete Projekte fordern, um den Wandertourismus zu stärken. Auch hier hätte die BAW gerne im Rahmen von GraubündenHIKE Hand geboten zur Realisierung einer

echten Kompetenzstelle Wandern im Kanton Graubünden. Doch leider wurden diese finanziellen Mittel von GraubündenHIKE verwehrt mit der Begründung, dass damit in die Privatwirtschaft eingegriffen werden. Mit diesem Entscheid haben wir uns schwer getan und wir sind der Meinung, wenn das Wandern wirklich gefördert werden soll, dann muss Geld in solche Projekte fließen und nicht in Marketingstrategien. Deshalb bitte ich Sie, überweisen Sie den Auftrag im Sinne der Regierung.

Gunzinger: Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns alle hier drin einig. Wir wandern alle gerne und wir sind überzeugt von der Attraktivität unseres Kantons in dieser Hinsicht. Und das freut mich auch persönlich sehr. Ich bin selber gerne in der Natur, in den Bergen am Wandern. Ich komme aus der Nationalparkregion, aus der Gesundheitsregion und da steht Wandern im Setting der Marketingaktivitäten zuoberst auf der Prioritätenliste und dementsprechend intensiv sind auch die Vermarktungsbemühungen, welche wir vornehmen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass beim Lesen des Auftrags Bondolfi, den ich notabene nicht unterschrieben habe, doch Interesse und Sympathie empfunden habe, für die Grundidee und auch für den Impuls. Das ist verdankenswert, den Ratskollege Bondolfi uns mitgegeben hat und damit auch eine Diskussion ermöglicht inwieweit dass wir auch in strategische und operative Marketingkampagnen Einfluss nehmen können, welche Partnerorganisationen in unserem Kanton realisieren.

Grundsätzlich ist zu sagen, wir haben das hier drin bereits mehrfach diskutiert, dass wir uns im Tourismus derzeit in einer äusserst schwierigen Situation befinden. Es gibt Talschaften, wo sich dieser Zustand in einer besorgniserregenden Situation zu entwickeln droht. Und da müssen wir sehr sorgsam umgehen und alle Mittel, welche zur Verfügung stehen, ohne dabei in Aktionismus zu verfallen, aber alle Mittel die zur Verfügung stehen, sollten wir ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken und versuchen, dieses Tourismusschiff wieder flott zu machen. Und da möchte ich noch eine persönliche Bemerkung anbringen. Ich persönlich vertrete immer die Meinung, dass wir auf unsere fest verwurzelten Stärken setzen müssen und dass wir nicht auf jeden Trend aufsitzen sollten. Das heisst effektiv, dass wir uns auf unsere Kernkompetenzen beschränken, auch in der Vermarktung und das Wandern gehört nun einfach definitiv dazu. Ich bin selber Mitglied in zwei Verwaltungsräten von Organisationen, welche touristische Vermarktung als Kernkompetenz, als Kernaufgabe wahrnimmt. Und in diesen Organisationen, diesen Tourismusorganisationen ist das Wandern ein strategisches Geschäftsfeld von grosser Bedeutung. Wichtig ist einfach in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hinzuweisen, dass entscheidend für den Erfolg am Markt, entscheidend für den Erfolg in der Akquisition von Kunden ist nicht die einzelne Massnahme, sondern die Kombination und die richtige Mischung der Massnahmen, der so genannte Marketingmix. Sei das in der Vermarktung, sei das im Angebot. Und dabei ist es wichtig, dass die einzelnen Elemente in der Vermarktung sehr sorgfältig aufeinander abgestimmt in diese Vermarktungsstrategien und Massnahmen und Aktivitäten eingebettet werden. Dabei kann

es durchaus auch vorkommen, dass es Unterschiede geben mag von Jahr zu Jahr, von Strategiephase zu Strategiephase. Das bedingt eine laufende Beobachtung der Marktentwicklung, der Aktivitäten am Markt. Entsprechende Feinjustierungen sind da notwendig. Ich denke grundsätzlich, dass jede Idee willkommen ist, diese schwierige Situation, in der wir uns befinden, zu entschärfen. Ich habe es gesagt. Nur die Frage ist, mit welchem, auf welchem Weg wollen wir das bewerkstelligen. Ganz abgesehen davon, dass wir hier, wie das auch im Auftrag formuliert ist, doch von sehr grossen, sehr hohen Beträgen sprechen, welche jährlich zur Verfügung stehen sollten. Ich wehre mich nicht dagegen, wenn zusätzliche Beträge in die Tourismusindustrie, in die Vermarktungsindustrie der touristischen Infrastrukturbetriebe und Angebote fließen. Die Frage ist nur, können wir uns finanzieren. Und obwohl ich der Grundidee, dass das Wandern im Zentrum stehen soll, was es meiner Meinung in vielen Regionen ja bereits der Fall ist, bin ich ganz grundsätzlich der Meinung, dass wir als Grosser Rat eine gewisse Zurückhaltung üben sollten, wenn es darum geht, Einfluss zu nehmen auf Aktivitäten, welche auf operativer Ebene von Partnerorganisationen stattfinden. Für mich ist das der Kerngedanke, der mich dazu bewog, diesen Auftrag nicht zu unterschreiben. Ich denke, wir haben sehr professionell tätige Organisationen, sei das im Tourismus, ich denke an Graubünden Ferien, an die DMO's, an die regionalen Tourismusorganisationen, ich denke an die projektorientierte Unterstützung, welche auch seitens des Kantons immer wieder stattfindet. Und ich denke, es wäre nicht richtig, wenn wir jetzt da beginnen, uns da aktiv zu engagieren. Inputs ja, Unterstützung ja, Sicherstellung der Rahmenbedingungen ja, aber keine direkte Einflussnahme auf inhaltliche Strategieumsetzungsprozesse. Das ist für mich eine ganz wesentliche, ein ganz wesentlicher Gedanke im Zusammenhang mit diesem Auftrag Bondolfi. Im weiteren muss ich sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass wir in unserem Kanton gerade auch in schwierigen Situationen und gerade auch wenn aus diesen schwierigen Situationen heraus die Verlockung da ist, dass wir neue Formen, neue Organisationsformen ins Leben rufen, welche gewisse Aufgaben übernehmen können, in der Meinung, dass es dann besser klappt, dass wir dennoch versuchen müssen, durch einen engen Schulterschuss aller Partner die Synergien respektive die Energien zu polen, die Ressourcen konzentriert einzusetzen, um uns nicht zu verzetteln. Das war ebenfalls ein zentraler Gedanke. Ich denke, dass die Aktivitäten koordiniert werden müssen. Sie müssen aufeinander abgestimmt werden von Stufe zu Stufe. Wir haben nicht umsonst in den vergangenen Jahren in vielen Teilen und Talschaften des Kantons erfolgreich eine Strukturbereinigung im Tourismus vollzogen. Und es wäre jetzt schade, wenn wir jetzt diese Entwicklung in Frage stellen, indem dass wir neue Organisationsstrukturen ins Leben rufen, aufbauen oder auch unterstützen. Das könnte dann nämlich auch in anderen Bereichen dann Schule machen. Also keine Parallelstrukturen, die Kräfte bündeln, den Schulterschuss vollziehen. Ich möchte es nochmals betonen: Ratskollege Bondolfi bin ich sehr dankbar für die Formulierung dieses Auftrags. Erlaubt es uns doch, uns mit dieser

Thematik, welche ich auch dargelegt habe, uns damit zu beschäftigen und entsprechend intelligente Lösungswege zu suchen. Ich selber werde einen anderen Weg einzuschlagen versuchen. Darum habe ich ihn nicht unterschrieben. Und darum spreche ich mich auch gegen die Überweisung dieses Auftrages Bondolfi aus und ich spreche mich aber auch gegen die Überweisung des Auftrags im Sinne der Regierung aus. Ich bin der Meinung, dass diese Aufgabe in den Kompetenzbereich der Organisationen fällt, welche diese Aufgabe von Haus aus wahrnehmen sollten und diesen Organisationen, denen schenken wir das Vertrauen. Wir unterstützen sie und wir begleiten sie in diesem Prozess. Aber wir lassen sie arbeiten mit den entsprechenden Rahmenbedingungen.

Kunz (Chur): Zunächst bedanke ich mich bei Grossratskollege Grass für seine Ausführungen. Weil in der Tat die Wertschöpfung im Wandern hat mich auch interessiert und ich habe mich gefragt, ja was bleibt hier tatsächlich zurück. Und Ihre Zahlen sind doch einigermaßen ernüchternd. Wenn wir sehen, was an Wertschöpfung generiert wird, ich will das nicht verniedlichen, aber es ist zu viel zum Sterben und zu wenig, um zu leben. Wenn es uns nicht gelingt die Wertschöpfungskette oder die Wertschöpfung massiv zu erhöhen, dann werden wir daraus wohl nicht längerfristig Arbeitsplätze halten im Kanton. Zum Auftrag Bondolfi. Ich habe den Auftrag von Ihnen, Kollege Bondolfi, als bewusst eigentlich recht provokativ verfasst empfunden, also im Sinne eines Aufrüttelns aber auch als Zeichen einer wachsenden Ungeduld verstanden. Zeichen der Ungeduld dafür, dass wir das Gefühl haben, wir verlieren stets an Arbeitsplätzen, an Logiernächten, an Tourismuszahlen, unsere Kennzahlen sinken und wir uns nun selber auferufen fühlen, hier Gegensteuer zu geben. Das ist natürlich Ihr gutes Recht, aber ich kann mich nicht mit Ihnen auf diesen Weg begeben. Für mich ist das zentrale Problem immer noch im Tourismus, dass wir zu viele Köche haben. Zu viele Köche verderben den Brei. Ich meine auch, wir haben immer noch zu wenig Fokus, zu wenig Konzentration, auf was man sich tatsächlich ausrichten will. Wir haben immer noch zu viel Staat im Tourismus, der mitspricht und mitredet und Beratungsorganisationen, die alle auch noch ihre gut gemeinten Ratschläge erteilen. Und das alles zusammengenommen, das führt dazu, dass wir einfach im Tourismus da und dort nicht weiterkommen. Und es kann bei Gott doch nicht unsere Aufgabe sein als Grossrat nun Ideen zu entwickeln, wie wir unserem Tourismus konkret helfen. Sei es mit Wandern mit Hund, oder Ferien mit Hund oder Ferien mit Single oder Nacktbaden in den Oberengadiner Seen oder was, irgendwelche Ideen, die da kommen können. Aber das ist doch wirklich nicht unsere Aufgabe. Ich meine, wir müssen den Tourismusorganisationen das lassen und sich auf ihre Aufgaben konzentrieren und die sollen das machen und sie verdienen dann Lob oder Tadel, wenn es ihnen gelingt. Aber es kann nicht unser Auftrag sein, das zu tun. Deshalb bin ich gegen die Überweisung des Auftrags. Ich bin auch gegen die Überweisung des Auftrags im Sinne der Regierung. Es ist ein schon so inhaltsloser Auftrag geworden, selbst wenn wir ihn im Sinne

der Regierung überweisen. Und deshalb meine ich, sollten wir ihn gar nicht überweisen.

Casanova (Illanz): Ich habe den Auftrag auch unterzeichnet und ich kann Ihnen sagen, bei den Touristikern in meiner Region habe ich nicht grosses Lob eingeheimst dafür. Für mich ist der Auftrag absolut kein Seitenhieb gegen Graubünden Ferien oder gegen das Amt für Wirtschaft und Tourismus. Ich bin auch überzeugt, dass Wandern in unserem Kanton ein enormes Potenzial hat. Ich glaube aber, dass dieses Potenzial noch nicht optimal in Wert gesetzt ist und da meine ich, sollten wir aktiv werden. Ich habe auch die Zahlen bezüglich Wertschöpfung gehört. Und wenn Kollege Kunz meint, es sei bescheiden, dann kann ich dem eigentlich zustimmen. Ich hätte auch lieber, wenn die Wanderer 150, 200 Franken wie die Skifahrer dalassen würden pro Tag. Aber wer kann sich das heute noch leisten? Wir haben viele Familien mit Kindern die wandern, weil sie eben andere Sportarten nicht mehr vermögen. Das ist eigentlich ein Fakt.

Ich glaube aber auch, dass es zwei Bereiche gibt in dieser ganzen Thematik Wandern und die sollten wir vielleicht schon auch einmal diskutieren. Wenn wir uns als Wanderkanton verkaufen möchten, dann gehört für mich zwingend der öffentliche Verkehr dazu. Und ich glaube, es würde dem Kanton Graubünden gut anstehen, wenn wir hier eine kantonale Lösung finden oder suchen würden und eben schlussendlich auch finden würden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben in der Surselva Tourismus AG, wo ich im Verwaltungsrat sitze, wir sind eine kleine Destination, aber wir haben versucht, für den Sommer 2016 eine Gästekarte zu schaffen. Sie wird jetzt dann Mitte Monat in Kraft gehen. Und wir wollten auch den öffentlichen Verkehr einbinden, Postauto Schweiz oder Postauto Graubünden und die RhB. Wir haben Offerten eingeholt und wir mussten schlussendlich sagen, das können wir uns nicht leisten. Obwohl kein einziger zusätzlicher Kurs gefahren werden muss. Obwohl die RhB keinen einzigen zusätzlichen Wagen anhängen muss. Aber die Offerte war für uns schlichtweg nicht zu finanzieren. Das ist tragisch. Weil ich finde die Wanderer, die kommen zu uns. Die fahren vielleicht irgendwohin mit dem Postauto und laufen zurück oder sie laufen irgendwo hin und fahren mit dem Postauto zurück. Und das glaube ich, sollten wir im Kanton schaffen, dass wir dort eine Lösung finden. Und vielleicht müssen wir eben die vielen Millionen dort einsetzen.

Ein zweiter Punkt, der für mich auch wesentlich ist, die Sicherheit auf unseren Wanderwegen. Wir haben in unserer Gemeinde zwölf oder 13 Gemeindealpen. Darunter sind auch Alpen mit Mutterkuhhaltung und es ist uns als Gemeinde schlichtweg nicht möglich, alle diese Wanderwege im Sommer auszuzäunen oder irgendwie zu sichern. Ja was nützt es, eine Tafel hinzustellen. Wenn ein Unfall passiert, ist das schlechte Werbung und in den letzten Jahren sind zu viele Unfälle passiert und da besteht Handlungsbedarf. Und da erwarte ich eben auch vom Kanton Unterstützung, weil es kann nicht sein, dass die Gemeinden da in die Pflicht genommen werden, alleine oder dann allenfalls die Alpbestösser oder die Landwirtschaft. Sie sehen, es gibt also in diesem Bereich

schon noch Handlungsbedarf und da wäre es eben sinnvoll, wenn wir aktiv werden würden. Weil wenn wir ein gutes Angebot im Bereich Wandern bringen wollen, dann muss es optimiert sein. Dann muss es umfassend sein. Und das ist es meiner Meinung heute noch nicht.

Heinz: Vorweg an Kollege Bondolfi. Ich bin eigentlich sehr froh, dass die Regierung ab und zu Aufträge ein bisschen abändert und sie nicht in der eingereichten Form übernimmt. Wenn dem so wäre, da hätten wir ja in gewissen Bereichen ein riesen Theater. Denn ich kann euch sagen, ab und zu ein Jahr danach sagen alle, ach hätten wir nicht. Das sieht ja ganz anders aus. Also nur zu dem. Andererseits finde ich gut, dass der Auftrag eingereicht wird, damit wir auch diskutieren darüber. Natürlich werde ich ihn auch ablehnen. Die Voten von Grossratskollege Ruedi Kunz sind sehr interessant und die kann ich natürlich auch voll unterstützen. Ebenso die Voten von Grossrätin Kollegin Mani. Sie hat eigentlich aufgezeigt, wie viele verschiedene Wege wir haben. Wir müssen die eigentlich ein bisschen nutzen. Dann würde das auch schon einiges besser sein oder ein bisschen koordinieren. Kann man auch sagen. Aber für die Koordination sind doch unsere Tourismusorganisationen zuständig. Schlussendlich treiben sie auch die Tourismussteuer ein. Und haben dieses Geld zur Verfügung. Also dann dürfen sie sich auch in dem ein bisschen bewegen. Dazu kommt noch die ganze Geschichte mit den Parks. Das halbe Graubünden ist ja in einem Parkgebiet bald eingeteilt. Nicht? Da sollten sich doch diese Leute finden ein bisschen und einmal ein gemeinsames Konzept machen. Weil sie bekommen ja Millionen Franken vom Bund, damit das Grossraubwild dann durch unsere Gegend streichen kann und unsere Wildhut sich da gross engagiert mit Fotofallen und weiss der Gucker was alles. Da wäre Potenzial herum. Aber die müssen sich organisieren. Nicht wir vom Grossen Rat aus. Der Grosse Rat, wie Kunz gesagt hat, soll sich in diesem Bereich etwas zurückhalten. Und es darf auch nicht sein, wie wir heute Morgen das geschehen war mit, Regierungsrat Jäger hat gesagt, der Grosse Rat gibt das Geld und die Regierung sagt, was zu machen ist im Bereich der Bildung. So kann es natürlich nicht sein. Nehmen wir uns ein bisschen zurück und lassen da unsere Tourismusorganisationen ein bisschen walten und machen und auch die BAW, die sollen ihre ganze Sache weiterhin so fortreiben. Das ist eine sehr gute Angelegenheit. Wo wir aber keinen Einfluss haben, meine Damen und Herren ist das Wetter. Ja gehen Sie wandern, wenn eine Woche lang Regen ist. Da geht kein Mensch wandern. Das ist einfach so. Und gegen das Wetter können wir auch nichts machen beziehungsweise da können wir noch so viel Geld sprechen, noch so viele Konzepte einreichen, noch so viele Projektgruppen machen, noch so viele Papiertiger irgendwo in einer Schublade verstauben lassen, das nützt uns gar nichts. Das Wetter ist eines der wichtigsten Bestandteile schlussendlich beim Wandertourismus. Das wissen Sie alle. Sie gehen auch nur wandern, wenn das Wetter auch ein bisschen dementsprechend schön ist. Also aus meiner Sicht war es richtig, dass der Auftrag eingereicht wurde, aber lehnen wir ihn ab und wenn wir mehrheitsfähig sind, würde ich sogar den Antrag der Regierung ableh-

nen. Aber da müssen wir ein bisschen schauen, was mehrheitsfähig ist.

Standespräsident Dermont: Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Ich übergebe nun das Wort Regierungsrat Jon Domenic Parolini. Sie haben das Wort.

Regierungsrat Parolini: Herzlichen Dank für die ausführliche Diskussion bezüglich Wandern. Wir sehen aufgrund der verschiedenen Voten, dass Wandern ein zentrales Thema ist, unbesehen der Wertschöpfung des einzelnen Wanderers. Wandern ist ein zentrales Thema für den Tourismus in Graubünden. Für den Sommertourismus, aber je länger je mehr auch für den Wintertourismus, oder sagen wir für den Ganzjahrestourismus. Bekanntlich haben wir auch im Winter immer mehr Leute, die Winterwanderungen vornehmen wollen. Das Wandern ist des Müllers Lust. So beginnt ein Lied und ich bin überzeugt, das Wandern ist nicht nur des Müllers Lust, sonst würde es sehr viele Müllers geben. Von daher sind wir froh, dass Wandern, dass wir in Graubünden an sich auch die Kernkompetenz bezüglich Wandern haben. Es ist aber so wie Grossrat Tomaschett gesagt hat, Wandern ist an sich ein Klassiker. Früher mit roten Socken. Es gibt gewisse Wellenbewegungen, wie das Wandern als Tourismus, wie attraktiv es ist als Tourismusangebot. Und da gab es sicher verschiedene Wellen in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Aufgrund der verschiedenen Aktivitäten, die nun aufgegleist wurden, bin ich der Meinung, dass Wandern bedeutungsvoller wird. Das zeigt auch der Vorstoss an sich. Aber das zeigen auch die verschiedenen Projekte, die von verschiedener Seite in den letzten Jahren aufgegleist wurden. Vor kurzem fand eine Tagung statt von der Bündner Fachstelle für Langsamverkehr in Klosters bezüglich Graubünden Mobil und den verschiedenen Strategien und Projekten des Langsamverkehrs. Und da haben sich viele Leistungsträger von der Tourismusfront eingefunden und hatten die Möglichkeit, einen Branchenaustausch vorzunehmen und auch Informationen entgegenzunehmen. Es wurde auch bereits gesagt, dass diese Sommerkampagne Wandern, die aufgegleist ist und vorangekündigt wurde, dass diese jetzt dann bald startet, am 14. Juni wird diese Kampagne lanciert. Einen TV-Spot gibt es jetzt seit dem 30. Mai bereits. Und das Wanderapp, das auch bereits erwähnt wurde, ist sicher auch etwas sehr Attraktives und da muss man auch einmal das nutzen und da sieht man, was alles bereits angeboten wird und inwiefern da auch bereits Werbung damit gemacht wird. Es werden viele Bündner Wanderrouen bereits angepriesen mit einer breiten Vernetzung auch mit den anderen weiteren Tourismusdienstleistungen. Und ein Teil davon wird auf SchweizMobil beworben. Und die Marketingmassnahmen werden vom Kanton im Rahmen des Graubünden Ferien Leistungsauftrages unterstützt. Der Kanton unterstützt im Weiteren auch die Gemeinden hinsichtlich der Signalisation und Qualitätssicherung durch die Fachstelle für Langsamverkehr, die beim Tiefbauamt angesiedelt ist. Und das ist sicher auch eine sehr wichtige Aktivität. In den Jahren 2010–2015 wurde das Projekt GraubündenBIKE erfolgreich umgesetzt, und ich bin der Meinung es war erfolgreich. Auch wenn gesagt wird, wie wir

vorhin in einem Votum gehört haben, dass es nicht erfolgreich war. Ich bin der Meinung, es war erfolgreich. Denn dieses Projekt GraubündenBIKE, neben anderen Massnahmen, hatte zur Folge, dass Graubünden heute im wertschöpfungsintensiven Mountainbikesegment gesamtschweizerisch an erster Stelle positioniert ist. Also es ist nicht, dass da im Bikebereich nichts geschehen wäre.

Und als Pendant zum Projekt GraubündenBIKE wurde letztes Jahr durch den Regierungsentscheid das mehrjährige Projekt GraubündenHIKE lanciert. Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wandertourismus in den Bereichen Wegnetzinfrastruktur, auch beim Transport des Gepäcks, dem gepäcklos wandern. Das übrigens bieten einige Destinationen schon seit Jahren an. Aber das wird da auch nochmals gepusht. Beim Gepäcklos wandern von Übernachtungsort zu Übernachtungsort werden dann die Utensilien und das Gepäck der Wanderer transportiert. Der Beherbergungsbereich, die Gaststätten sind auch Bereiche, die in diesem Projekt GraubündenHIKE enthalten sind. Auch Guides-Angebote und weitere Services, auch Angaben zur lokalen Wanderkultur, zu Events und weitere Sachen. Also Sie sehen, da ist einiges am Laufen. Das Projektvolumen beträgt diese 3,2 Millionen Franken, wie wir es auch in der Antwort geschrieben haben. Davon trägt der Kanton 0,6 Millionen Franken und der Bund über die neue Regionalpolitik 0,4 Millionen Franken. Es gibt eine breit abgestützte Begleitgruppe. Nicht nur aus Leuten von Graubünden Ferien und vom AWT, sondern aus nationalen und kantonalen Fachorganisationen, des Schweizerischen Alpenclubs, SchweizMobil, Schweizer Wanderwege, BAW Graubünden usw. Und diese unterstützen dieses Projekt und begleiten dieses Projekt als strategisches Gremium. Und die Destinationen und die einzelnen Leistungserbringer spielen da auch eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung und der Umsetzung dieses Projektes. Die Regierung ist einfach der Meinung, dass weitere Grundlagen nichts bringen, wenn man weitere Grundlagen erarbeiten möchte, wie es der Auftrag Bondolfi wünscht. Denn das wäre, wie Herr Bondolfi vorhin in seinem Votum kritisiert hat, dass es viele Studien und viele Grundlagen gibt, eben das wäre noch eine weitere. Wir wollen nicht weitere Grundlagen. Wir wissen, wo wir ansetzen müssen. Die Strategie ist bekannt und man muss sie nur umsetzen. Und ich bin der Meinung, dass wir mit den aufgegleisten Instrumenten auf gutem Wege sind. Man kann dann immer noch mehr machen. Man kann ein Projekt noch verlängern. Man kann noch zusätzliche Mittel in diese Projekte einschies- sen. Man kann spezifische Teilprojekte noch daraus sich entwickeln lassen. Es gibt beliebig Möglichkeiten. Aber jetzt mit dem Auftrag im Sinne des Grossrates Bondolfi, Millionen, weitere Millionen für ein Projekt einzusetzen, das wäre überhaupt nicht effizient. Und wenn wir da von externen Gruppen ausserhalb von Graubünden Ferien und des AWT reden, dann haben wir einfach parallele Strukturen und Doppelspurigkeiten. Wie ich eben erwähnt habe, sind verschiedene andere Player involviert. Und mit der Fachstelle für Langsamverkehr sind auch Leute im Boot, die nichts direkt mit dem AWT und mit Graubünden Ferien zu tun haben. Von daher sind wir der

Meinung, dass der Auftrag im Sinne des Auftragsgebers auf jeden Fall nicht überwiesen werden darf.

Wieso empfiehlt die Regierung den Vorstoss in ihrem Sinne zu überweisen? Weil wir an sich sehen, in vielen Bereichen will der Vorstoss ja genau das gleiche was wir auch wollen und das, was wir eben aufgegleist haben. Ausser dieser autonomen Arbeitsgruppe und dieser weiteren Millionen Franken. Aber die Stossrichtung ist unserer Meinung nach die richtige. Und von daher waren wir der Meinung, in diesem Sinne könnten wir den Vorstoss überweisen. Aber wenn eine Mehrheit der Meinung ist, man soll den Auftrag ablehnen im Sinne der Regierung und im Sinne von Grossrat Bondolfi, dann können Sie das tun. Wir werden mit dem Projekt und mit dem Programm weiterfahren wie bis anhin. Denn wir sind überzeugt, Wandern ist wichtig und wird vermutlich noch wichtiger. Und zu den Aussagen, dass wir zu wenig fokussiert sind, von Grossrat Kunz: Ich bin der Meinung, es gibt an sich vier Sachen, die von zentraler Bedeutung für den Tourismus im ganzen Kanton sind. Das ist Wandern, Biken und im Winter Skifahren und Langlauf, über den ganzen Kanton betrachtet. Und das sind die Hauptstossrichtungen. Und dann gibt es natürlich noch einige andere Stossrichtungen, die von regionaler, subregionaler Bedeutung sind oder Nischenangebote, die man nicht ausser Acht lassen soll. Denn es gibt ja auch unterschiedliche Angebote und unterschiedliche Talschaften im Kanton, die sich unterschiedlich positionieren müssen. Aber die Grundstossrichtung ist Wandern, Biken, Ski Alpin und Ski Nordisch.

Nun, ich bin auch der Meinung, dass zu viele Köche diesen Brei verderben würden. Und es genügt, wenn wir die Köche kochen lassen, die jetzt daran sind. Öffentlicher Verkehr ist von grosser Bedeutung, das ist ganz klar. Denn das ist vor allem für die Wanderer von äusserster Bedeutung, viel mehr noch als für einen Alpinski- fahrer. Das ist so. Die wollen eine Rundwanderung machen und an einen anderen Ort hin und da wäre das Privatauto eher fehl am Platz. Da ist immer die Frage der Frequenzen natürlich. Und wer bestellt wie viele Frequenzen der verschiedenen Postauto oder anderer ÖV- Linien. Nun in dem Sinn, ich möchte nicht länger werden, möchte Ihnen beliebt machen, den Vorstoss jedenfalls nicht im Sinne des Auftraggebers, sondern im Sinne der Regierung zu überweisen. Und wenn Sie sich auch dazu nicht bewegen können, dann lehnen sie ihn ab.

Standespräsident Dermont: Bevor wir den Auftrag bereinigen, übergebe ich das Wort Grossrat Bondolfi. Sie haben das Wort.

Bondolfi: Erlauben Sie mir eine kurze Replik. Dank diesem Auftrag konnten wir jetzt über eine Stunde über Wandern diskutieren. Alleine dies beweist, wie wichtig und zentral diese Thematik ist. Die Diskussion hat für mich zwei zentrale und wesentliche Elemente zum Vorschein gebracht. Zum einen, dass Wandern eine Stärke unseres Kantons ist, auf welche wir unbedingt setzen sollten. Zum anderen, das ist wesentlich für die Frage der Überweisung des Auftrages, einen gewissen Unmut über die heutige Situation. Dieser Unmut ist von verschiedenen Votanten festgestellt worden. In diesem Zusammen-

hang ist auch immer wieder die Frage der Stufengerechtigkeit thematisiert worden. Wir sollen uns nicht in das operative Geschäft einmischen. Wir sollen das den Destinationen oder den anderen Institutionen überlassen. Dann frage ich mich, was ist unsere Aufgabe in Bezug auf den Tourismus. Zusehen und feststellen, wie die Logiernächte zurückgehen und sich darüber ärgern und resignieren, das dürfte kaum der Fall sein. Ein wesentliches Element, welches immer wieder hervorgebracht worden ist, ist jenes der Finanzen. Und ich erlaube mir diesbezüglich aus dem Auftrag, den entsprechenden Passus vorzulesen: „Graubünden muss sich mit einer gezielten und nachhaltig angelegten Werbekampagne als Wanderparadies national und international positionieren. Hierfür sind die erforderlichen Finanzen bereitzustellen.“ Von mehr Geldmitteln steht in diesem Auftrag nichts. Es ist denkbar, dass der Kuchen anders verteilt wird. Und dass die budgetierten vorhandenen Mittel so eingesetzt werden, dass auch ein entsprechender Anteil für diese neu zu bildende Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt wird. Also, wir können den Auftrag überweisen im Wissen, dass wir damit keine zusätzlichen Mittel sprechen. Wir wollen keine Doppelspurigkeiten. Wenn wir das Gefühl haben, dass die Werbung nicht optimal ist, dann müssen wir doch die finanziellen Mittel anders verteilen. Grundsätzlich ist bei diesem Auftrag die Frage, ob wir mit der heutigen Situation zufrieden sind oder nicht. Wenn wir nicht zufrieden sind, dann müssen wir den Auftrag überweisen. Und wenn wir das Gefühl haben, dass alles in Ordnung ist, dann können wir es so belassen. Aber dann ist in Zukunft jedes weitere Lamento über die schlechte Lage im Tourismus überflüssig. Besten Dank. Überweisen Sie den Auftrag im ursprünglichen Sinn.

Standespräsident Dermont: Wir kommen zur Abstimmung. Bevor wir abstimmen, ob wir überweisen oder nicht, müssen wir die beiden Aufträge gegeneinanderstellen, damit ich am Schluss weiss, über welchen Auftrag wir abstimmen. Wir stimmen so ab. Wer dem Auftrag im Sinne der Regierung ihre Stimme geben will, drücke die Taste Plus. Wer den Auftrag im Sinne von Grossrat Bondolfi unterstützen will, drücke die Taste Minus und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben mit 65 zu 44 Stimmen bei 0 Enthaltungen im Sinne der Regierung gestimmt.

Abstimmung

In der Gegenüberstellung des Auftrags gemäss ursprünglicher Fassung mit der Fassung im Sinne der Regierung obsiegt die Fassung im Sinne der Regierung mit 65 zu 44 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Dermont: Nun stimmen wir noch darüber ab, ob der Auftrag überwiesen werden soll oder nicht. Wer den Auftrag im Sinne der Regierung überweisen will, drücke die Taste Plus. Wer dagegen ist die Taste Minus und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben mit 72 zu 42 Stimmen bei 1 Enthaltung den Auftrag nicht überwiesen.

Beschluss

Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrags mit 72 zu 42 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Standespräsident Dermont: Wir fahren weiter und kommen zum Fraktionsauftrag der SP. Die Regierung ist bereit, die bisherigen Bestrebungen fortzusetzen und den vorliegenden Fraktionsauftrag in diesem Sinne anzunehmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das Wort erhält Grossrat Perl Andri.

Fraktionsauftrag SP betreffend Arbeit statt Sozialhilfe für Flüchtlinge (Erstunterzeichner Perl) (Wortlaut Februarprotokoll 2016, S. 624)

Antwort der Regierung

Anhaltend grosse Flüchtlingsströme stellen ganz Europa vor erhebliche Herausforderungen. Die Schliessung der sogenannten „Balkanroute“ über die Türkei Richtung Nordwesteuropa führt möglicherweise zu einer Verschiebung der Flüchtlingsbewegung auf die „Mittelmeerrouten“. Dies lässt eine Zunahme der Asylgesuche in der Schweiz erwarten. Damit ist auch für den Kanton Graubünden die Aufgabe verbunden, eine höhere Anzahl Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Eine erfolgreiche Integration erfolgt nicht zuletzt auch über die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.

Nebst den häufig schwierigen persönlichen Voraussetzungen (wie z.B. Gesundheit, psychosoziale Mehrbelastungen) und soziokulturellen Unterschieden erschweren unzureichende Sprachkenntnisse, geringe bzw. keine formale Berufsausbildung, wenig Berufserfahrung und die fehlende soziale Vernetzung die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sowie vorläufig aufgenommene Personen nachhaltig. Zudem hängt eine erfolgreiche berufliche Integration nicht nur von den Merkmalen der Stellensuchenden Personen, sondern ebenso von der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft sowie den Merkmalen des Arbeitsmarktes ab. Dieser hat sich in der Schweiz in den vergangenen Jahren dahingehend verändert, als immer mehr einfache, repetitive Tätigkeiten wegfallen und ein wachsender Anteil an anspruchsvolleren Beschäftigungen mit entsprechenden Qualifikationsanforderungen zurückbleibt.

Im Regierungsprogramm 2017–2020 wird der aktuellen Migrationssituation Rechnung getragen und im Rahmen des Handlungsfeldes 6 die strategische Absicht formuliert: „...sowie die Möglichkeit der Integration inländischer Stellensuchender und qualifizierter Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsprozess stärken und fördern.“ „...Die Migrantinnen und Migranten sind zu verpflichten, einen aktiven und sichtbaren Beweis zu ihrer Integration zu leisten“.

Das Asylverfahren ist auf Bundesebene geregelt, entsprechend liegt es nicht im Einflussbereich der Regierung, wie rasch die Asylentscheide des Bundes vorliegen. Die im Zuständigkeitsbereich des Kantons bzw. der

Gemeinden liegenden Integrationsbestrebungen erfolgen gemäss dem von der Regierung am 19. Mai 2009 verabschiedeten Konzept für die Integrationsförderung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen.

Der Fachstelle Integration im Amt für Migration und Zivilrecht wurde die Verantwortung sowohl für die Steuerung und Koordination der Integrationsangebote als auch die operative Fallführung vom Spracherwerb bis zur beruflichen Integration sowie die Koordination und das Sicherstellen des Informationsflusses unter den beteiligten Stellen übertragen. Der Integrationsprozess für anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sowie vorläufig aufgenommene Personen erfolgt entlang eines definierten Prozesses und basiert auf individuell vereinbarten Massnahmenplänen, die dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ verpflichtet sind. Das auf die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen ausgerichtete Sprachkursangebot hat zum Ziel, die Sprachkompetenzen im Hinblick auf eine rasche berufliche Integrationsförderung deutlich zu verbessern. Mittels Unterstützung ausgebildeter Jobcoachs werden geeignete und arbeitsfähige Personen aktiv in drei- bis sechsmonatige Praktika in den verschiedensten Branchen vermittelt, wo sie Arbeitsmarkterfahrungen sammeln und mit Blick auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit einen Laufbahntrennscheid treffen können. Die Schnittstellen zwischen der Fachstelle Integration und der Arbeitsvermittlung wurden im April 2016 erneut überprüft, um vorhandenes Optimierungspotenzial zu identifizieren. Sogenannte Vorlehren sollen vermehrt zum Tragen kommen und es sind entsprechende Standards in Ausarbeitung, beispielsweise betreffend Voraussetzungen seitens der zu vermittelnden Person, erforderliche Leistungen des Arbeitgebers, notwendige Begleitung und Mindestlöhne. Gerade Letzteres ist hinsichtlich allfälliger Arbeitseinsätze generell wichtig: die ortsübliche Entlohnung ist auch im Falle dieser Personengruppe zu gewährleisten. Nebst dem prozessorientierten Vorgehen und einer guten Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Wirtschaft sind insbesondere die liberale Arbeitsmarktpolitik im Kanton, ein effizientes Bewilligungsverfahren sowie eine grosszügige Handhabung von Praktika wichtige Kernelemente für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration dieser Personengruppe.

Im Kanton liegt die Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Die Regierung führt dies auch auf den mit dem Integrationskonzept gewählten Ansatz zurück. Sie wird an diesem festhalten, wo möglich weitere Massnahmen und Vereinfachungen prüfen und die Anliegen, soweit sie nicht im direkten Einflussbereich des Kantons liegen (z.B. hinsichtlich bestehender administrativer Hürden, der Anerkennung ausländischer Diplome und der Validierung von Bildungsleistungen u.ä.), auch bei den zuständigen Bundesstellen anbringen. Hinzu kommen die im Rahmen der Entwicklungsschwerpunkte 11/23 und 12/24 skizzierten Massnahmen, soweit sie Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen betreffen. In diesem Gesamtrahmen sollen z.B. auch weitere Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein einfacher Zugang zu Schnupperlehren geprüft werden.

Die Regierung ist bereit, die bisherigen Bestrebungen fortzusetzen und den vorliegenden Fraktionsauftrag in diesem Sinne anzunehmen.

Perl: Ich verlange Diskussion.

Antrag Perl
Diskussion

Standespräsident Dermont: Grossrat Perl verlangt Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Sie haben das Wort.

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Perl: Diesmal ohne Stottern. Vorneweg. Ich danke der Regierung für ihre Antwort und darf erklären, dass die SP-Fraktion für die Überweisung im Sinne der Regierung ist. Ich erspare uns hier auch eine Grundsatzdebatte. Denn im Grundsatz sind wir uns einig. Integration in den Arbeitsmarkt ist eine Herkulesaufgabe, Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. An der Bewältigung dieser Herkulesaufgabe, an ihrem Gelingen wird man eine ganze Generation von Politikerinnen und Politikern messen. Man wird unsere jetzige Generation daran messen, später, wie wir das zustande gebracht haben. Graubünden geht in diesem Bereich voran. Ich möchte nur ganz kurz aus dem Tagesanzeiger von heute eine Passage vorlesen. Es geht dabei um die Präsentation der Ideen der SP Schweiz im Bereich Integration. Und da steht: „Für die Integration in den Arbeitsmarkt brauche es nicht bloss eine Flüchtlingslehre, wie vom Bund lanciert, sondern weitergehende Modelle, wie etwa das berufliche Integrationsprogramm in Graubünden.“ Graubünden ist vorbildlich in diesem Bereich und wir wollen es noch vorbildlicher machen. Hier auch nur ein wenig zurückzufahren. Das würden wir alle teuer bezahlen, insbesondere würden es die Gemeinden teuer bezahlen. Ich bin froh, dass die Regierung deshalb den eingeschlagenen Weg fortsetzen möchte. Ich bin froh, dass sie auch zusätzliche Massnahmen prüft und erlaube mir diesbezüglich noch ein paar Fragen zu stellen an den Regierungsrat. Und zwar bitte ich die Regierung zu erläutern, wie die in der Antwort erwähnten weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten, oder ein einfacher Zugang zu Schnupperlehren dann konkret geprüft wird. Stehen da wirklich schon Ideen im Raum? Ist die Regierung diesbezüglich in Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden, mit den Berufsverbänden? Das nimmt mich wunder. Wann dürfen wir die Ergebnisse dieser Prüfung erwarten? Ich freue mich auf Ihre Ausführungen dazu.

Holzinger-Loretz: Auch ich bin für Überweisung dieses Auftrages und ich sehe durchaus, dass es ein ganz wichtiger Bestandteil ist zur Integration, wenn die Menschen die Möglichkeit bekommen, zu arbeiten. Ich habe nur eine Anmerkung zu machen. Wie die Regierung schreibt, ist es immer schwieriger, Arbeitsplätze zu finden für nicht so hoch qualifizierte Menschen. Und wir bewegen uns da in einem Spannungsfeld zwischen der Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen

aus unserer Gesellschaft, die ebenfalls auf diese Stellen angewiesen sind. Ich habe mit verschiedenen Job-Coaches gesprochen, die versuchen, solche Menschen zu platzieren. Und es ist sehr schwierig. Und ich möchte nicht, dass es einen Verdrängungskampf oder ein Kampf zwischen diesen zwei Gruppierungen gibt. Wie gedenkt die Regierung, diese Spannungsfelder, oder dieses Spannungsfeld aufzulösen?

Föhn: Wie im Fraktionsauftrag der SP ausgeführt, werden heute rund 30 Prozent der anerkannten und 40 Prozent der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge beruflich integriert. Auf der anderen Seite ist in unserem Kanton ein Lehrlings- und Fachkräftemangel vorhanden. Den zuständigen Ämtern in unserem Kanton können wir mit der hohen Erwerbsquote ein Kompliment machen. Ich denke, dass es wichtig und richtig ist, dass die Regierung den Auftrag entgegennimmt. Sie soll weiterhin mit Hochdruck sich für die Integration einsetzen. Meine Begründungen sind folgende: Die anerkannten Flüchtlinge sind möglichst rasch zu integrieren. Mit Arbeit oder Beschäftigung ist es einfacher möglich. Für eine erfolgreiche Integration ist das unabdingbar. Es muss parallel auch das Arbeitsbewilligungsverfahren beschleunigt werden. Die willigen Firmen oder Arbeitgeber dürfen nicht ein Spiessrutenlaufen durch verschiedene Ämter über sich ergehen lassen, sondern müssen rasch zu neuen Arbeitskräften kommen. Den Flüchtlingen müssen minimale Sprachkompetenzen beigebracht, eventuell sollen sogar gezielte Flüchtlingslehre oder ähnliches angeboten werden. Ich bitte Sie aber auch, die Mindestlöhne für Flüchtlinge zu überlegen. Die Arbeitgeber sollen motiviert werden, ihnen unsere Kultur beizubringen. Bei guten Arbeitsleistungen werden die Löhne automatisch angepasst. Die anerkannten Flüchtlinge müssen möglichst rasch in unsere Arbeitswelt integriert und von den Sozialämtern entlastet werden. Ich danke, dass die Regierung die bisherigen Bestrebungen fortsetzt.

Nay: Es wäre der Idealfall, wenn man die Flüchtlinge integrieren könnte. Doch wenn ich den Auftrag durchlese, Flüchtlinge möglichst nachhaltig zu qualifizieren und dann die Arbeitgeberschaft zu verpflichten, der Qualifikation nachzuleben, dann muss ich schon sagen, was geschieht damit. Wir haben zirka 60 Gesamtarbeitsverträge, die allgemein verbindlich sind. Die decken einen grossen Teil der Branchen ab. Dann haben wir noch zirka 900 regionale, örtliche Gesamtarbeitsverträge. Und was ist die Krux in diesen Verträgen? Sobald sie jemanden qualifizieren, dann ist ein Minimallohn aktiv. Wenn wir jetzt die Baubranche nehmen, da haben wir, z.B. ich im Büro habe Dossiers, hunderte von Dossiers aus Portugal, Spanien und Italien auf der Ebene Bauarbeiter C. Das ist die tiefste Klasse. Also die müssen keine Schule besucht haben, die können gebrochen Italienisch sprechen. Das funktioniert in Graubünden. Deutsch muss man gar nicht erwarten wollen. Aber es ist eine niederschwellige Arbeit, ist auch zum grossen Teil schon mechanisiert worden, dort sprechen wir aber von einem Minimallohn zwischen 31 und 32 Franken die Stunde. Jetzt wenn Sie die Flüchtlinge qualifizieren, heisst das, je

nach Branche werden die unter diesen Gesamtarbeitsvertrag fallen. Wenn Sie die Flüchtlinge nicht qualifizieren, aber sie machen in diesen, sage ich jetzt mal, 60 allgemein verbindlichen Verträgen ein Passus Integrationsmassnahme, dann werden die Europäer nicht mehr gebraucht. Also wir haben ein grosses Problem. Entweder die Flüchtlinge oder sie werden gegen die Südeuropäer ausgespielt, die schon Erfahrungen in der Schweiz gehabt haben, die einfacher zu migrieren sind. Und ich sehe da das grosse Problem. Die Gesamtarbeitsverträge national werden es verhindern, dass die Wirtschaft diese Leute einstellen kann und einstellen wird. Man hat auf der nationalen Ebene auch gesehen, obwohl tausende dieser Menschen schon ihr Glück hier suchen und hier sind. Es war nicht einmal möglich, als Erntehelfer 17 Stellen zu besetzen. Wo die Gründe liegen, spielt nicht so eine Rolle. Aber die Tatsache und die Realität, dass wir das nicht schaffen, das finde ich, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Und da müssen wir wirklich gut schauen, dass der Mechanismus so funktioniert, dass nicht das Hierbleiben versprochen wird, sondern nach Beruhigung müssen diese Leute zurück. Weil sonst haben wir auch das Problem mit unseren Portugiesen, Italienern usw. Und ich sage Ihnen noch was. Wenn ich im Büro und ich könnte das als Arbeitgeber tun, ein Bauarbeiter C selbst qualifiziere, in die Qualifikation B, dann verdient er 35 Franken die Stunde rund. Nur die Auftraggeber, die Unternehmer, die haben noch viele C-Bauarbeiter, die sie zuerst nehmen. Also wenn ich jemanden befördere, dann ist die Chance, dass er arbeitslos wird erhöht durch diese Qualifikation. Und ich glaube, es muss uns interessieren, dass weniger Arbeitslose hier sind, dass weniger in die Sozialsysteme gehen. Denn ich denke mal, der Bedürftige fühlt sich nicht besser, wenn er einen Bachelortitel hat, wenn er stempelt, als der Ungelernte. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Wir können hier ja oder nein sagen. Die nationale Politik und die Sozialpartner, und da sage ich alle, die mit dem Thema beschäftigt sind, die sind vor allem in diesem Thema gefordert. Denn wir haben nicht viele Jobs unter-schwellig, die nicht den Gesamtarbeitsverträgen unterliegen.

Casanova-Maron (Domat/Ems): Wenn ich den Ausführungen von Grossrat Perl zugehört habe, meine ich, dass die SP in der Beantwortung ihres Fraktionsauftrages keinen Unterschied sieht zwischen ihrem Auftrag und der Beantwortung der Regierung. Für meine Leseart ist das etwas anders. Der Schlusssatz der Regierung heisst: „Die Regierung ist bereit, die bisherigen Bestrebungen fortzusetzen und den vorliegenden Fraktionsauftrag in diesem Sinne anzunehmen.“ Meine Leseart ist, die Regierung wird ihre Anstrengungen so, wie sie das heute bereits macht, weiterführen. Ob wir den Fraktionsauftrag der SP nun unterstützen oder nicht. Das ist meine Leseart und das ist auch gut so. Denn ich möchte Ihnen aufzeigen, wie viel bereits gemacht wird. Die Fachstelle Integration beim Amt für Migration und Zivilrecht nimmt sich sehr viel vor und im Rahmen des Möglichen sind auch Erfolge zu verzeichnen. Ich wiederhole die Zahlen nicht. Sie haben die Zahlen der Arbeitsintegration in Graubünden angesprochen, wie das aussieht bei vorläu-

fig aufgenommenen und bei aufgenommenen Flüchtlingen. Die Ergebnisse sind wie gesagt markant. Man ist auch im Austausch mit der Wirtschaft. So werden Veranstaltungen abgehalten. Kürzlich hat im Handels- und Gewerbeverein Imboden eine Veranstaltung stattgefunden. Da wird versucht, die Anliegen der Fachstelle Integration, der Wirtschaft oder eben den Gewerbetreibenden näherzubringen, um somit die Anzahl der möglichen Einsatzorte etwas zu erhöhen. Es braucht Stellen, sonst bleibt das ganze Makulatur. Da wird sehr viel auch in Detailarbeit investiert. Von daher wie gesagt, nach meiner Leseart wird die Fachstelle so weiterfahren in ihren Bestrebungen und das ist gut so. Der Grundsatz an und für sich, Arbeit statt Sozialhilfe für Flüchtlinge. Das ist wirklich unterstützenswert.

Nur ein Gedanke dazu, geschätzte Damen und Herren. Heute sind sich wahrscheinlich viele Gemeinden über die Auswirkungen noch wenig bewusst. Die finanziellen Auswirkungen zurzeit sind überschaubar, was die Flüchtlinge in den Gemeinden an Sozialhilfearwendungen verursachen. Denn die Gemeinden erhalten zwischen fünf und sieben Jahren, je nachdem anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene, erhalten die Gemeinden zwischen fünf und sieben Jahren die Globalpauschale 2 des Bundes, um ganz korrekt zu sein. Wenn die Globalpauschale 2 dann eines Tages wegfällt, dann werden viele Gemeinden staunen. Denn wenn bis dahin uns die Arbeitsintegration nicht gelungen ist, dann sind das enorme Kosten, die auf die Gemeinden zukommen von Personen, die bereits heute hier sind. Ich spreche nicht von künftiger Migration, ich spreche von diesen Personen, die bereits heute hier sind. Und ich möchte auch, auch wenn das traurig ist, aber ich muss sie daran erinnern, dass Arbeitsintegration leider auch ihre Grenzen hat. Und zwar, wir arbeiten nach dem Prinzip, das haben wir uns in den Leitlinien so festgeschrieben, „Fordern und Fördern.“ Und ich glaube, mit Fördern, da machen wir wirklich sehr sehr viel. Ich habe das versucht auszuführen. Im Bereich des Forderns frage ich mich manchmal, ob wir genug tun. Und ich muss das Ihnen ganz kurz in Form eines kleinen Beispiels erläutern. Wir haben einen Fall, da ist Arbeitsintegration anscheinend nicht möglich, da es keine Stelle gibt, wo die Person wirklich nur zwei Stunden am Vormittag, zwei Stunden am Nachmittag arbeiten kann. Und jetzt fragen Sie vielleicht, ja warum kann die Person nicht länger arbeiten. Den Rest der Zeit braucht diese Person für die Ausübung ihres religiösen Lebens. Ja, geschätzte Damen und Herren, da hört für mich persönlich das Verständnis für Arbeitsintegration und unseren Beitrag an Arbeitsintegration echt auf. Da wäre meiner Meinung nach, wären da klare Forderungen angesagt. In diesem Sinn bin ich froh, wenn die Regierung noch eine Stellung dazu abgibt, wie die Leseart ihrer Antwort im Schlussatz tatsächlich ist und wenn ich sie richtig gelesen habe, werde ich den SP-Fraktionsauftrag auch gerne unterstützen.

Degiacomi: Ich kann eigentlich die Ausführungen von Kollegin Casanova-Marion in fast allen Punkten unterstützen. Ich bin im Moment, Sie wissen das wahrscheinlich, sehr oft auf der Strasse, nicht weil ich obdachlos

bin, sondern weil ich mit den Leuten spreche und ihnen zuhöre. Und ich bekomme oft zu hören, dass es die Leute beschäftigt, dass gerade am Bahnhof und an anderen Orten Asylsuchende, man weiss ja dann nicht so genau den Status, rumsitzen und eigentlich keine Beschäftigung haben. Ich glaube, das ist nicht gut für die Asylsuchenden, das ist nicht gut für die einheimische Bevölkerung und der Stimmung ist das sicher auch nicht zuträglich. Wenn man, vielleicht waren Sie auch am Theater der Global Players in der Kleinbühne. Das war sehr eindrücklich. Da war ein Afghane, der ist mit elf Jahren aus Afghanistan geflüchtet, weil er an Leib und Leben bedroht war. Über den Iran, über Griechenland ist er schliesslich in die Schweiz gekommen. Alles was er will, ist arbeiten. Kollege Nay, er ist nicht besonders scharf darauf, jetzt eine grosse Ausbildung zu machen oder etwas. Er möchte einfach arbeiten, so wie er das schon mit 14 Jahren in Griechenland gemacht hat. In irgendeiner Werkstatt irgendwo helfen. Arian stand am Schluss des Theaters auf der Bühne und hat in jeder Vorstellung hat er die Zuschauenden angefleht, hat jemand von Ihnen Arbeit für mich. Er hat immer noch keine Arbeit. Das Amt für Migration und Zivilrecht oder wie es auch immer heisst, das macht eine sehr gute Arbeit. Aber trotzdem, es ist schwierig. Und ich möchte das auch nicht verniedlichen. Es ist eine schwierige Aufgabe. Aber ich glaube, wenig zu tun oder nicht noch mehr zu tun, wird uns am Schluss nichts bringen. Das wird diesen Menschen nichts bringen, das wird uns als Gesellschaft nichts bringen und es wird einfach mehr kosten. Vielleicht noch, Kollege Nay, noch wegen der Qualifikation. Es ist nun mal halt einfach so, dass die Arbeitslosenquote in den Tieflohnbereichen, also respektive bei den Tiefqualifizierten, die ist wesentlich höher. Die liegt bei zehn Prozent in der Schweiz. Und das Problem ist, wenn wir einfach Menschen da lassen, die grundsätzlich ein Potenzial haben, die arbeitsfähig sind, dann haben wir eine sehr hohe Gefahr, dass die einfach immer wieder in die Arbeitslosenversicherung kommen, wieder ausgesteuert werden, wieder einen Zwischenverdienst haben, in der Sozialhilfe landen und so ein Kreislauf, den es gibt. Und das kann nicht im Sinne der Gesellschaft und auch unserer Finanzen sein. In diesem Sinne bedanke ich mich für jede Unterstützung dieses Auftrages.

Felix (Haldenstein): Die Regierung kommt in ihrem Schlussatz zur Überzeugung, dass sie bereit ist, die bisherigen Bestrebungen im Bereich der Integration der Flüchtlinge fortzusetzen. Und ich teile diese Einschätzung. Ich bin der Meinung, dass die heutige Praxis den Realitäten angemessen Rechnung trägt und dass wir uns jetzt hier in dieser Diskussion etwas in Schattenboxen üben. Wir müssen uns Rechenschaft darüber ablegen, dass diese Flüchtlinge aus teilweise ganz anderen Kulturkreisen stammen. Dass sie ein ganz anderes Verständnis zu Ausbildung und Arbeit haben und dass sie insbesondere und das zeigt sich in der Praxis bezüglich der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit in unserem Kanton an Grenzen stossen oder bisweilen gar keine Kenntnisse mitbringen in einer unserer Kantonssprache. Wir sind als Graubündnerischer Baumeisterverband angegangen worden von der kantonalen Integrationsstelle und wir

haben ein gemeinsames im Moment noch Vorprojekt aufgegleist um zu prüfen, wie weit junge Leute insbesondere natürlich in den Ausbildungsprozess integriert werden können. Und da zeigt sich, dass die bisher eingeleiteten Massnahmen der Integration, die vor allem die sprachliche Förderung puschen in einer frühen Phase, dass die richtig sind. Es geht darum, diese Leute sprachlich auf ein Niveau zu bringen, sprachlich und auch schulisch auf ein Niveau zu bringen, damit sie überhaupt in der Lage sind, eine Ausbildung, es muss nicht eine EFZ-Lehre sein, es kann auch eine EBA-Ausbildung sein z.B. diese überhaupt zu prästieren. Und die kann man nicht einfach so aus dem Durchgangsheim oder aus dem Flüchtlingsheim auf die Baustelle schicken. Es geht auch um Fragen der Arbeitssicherheit. Und da ist die Kommunikation ein ganz entscheidender Faktor. Die Bauwirtschaft ist bereit, einen Beitrag zu leisten und Leute, die Bildungsvoraussetzungen mitbringen, auch auszubilden. Aber da haben wir gewisse Ansprüche an die Vorbildung, die eben zu leisten ist. Und das geschieht genau im Rahmen des heutigen Konzeptes und des heutigen Systems. Und jetzt einfach so zu tun, dass man diese Leute direkt einfach so einsetzen könne auf einer Baustelle, das ist fadenscheinig, das funktioniert nicht. Und es hat auch nicht direkt etwas mit dem Gesamtarbeitsvertrag zu tun. Das sind dann organisatorische Regelungen. Es geht aus Praxisgründen und aus Gründen der Sicherheit und der sprachlichen Verständigung nicht. Das bisherige Konzept ist pragmatisch, es ist zielführend. Unterstützen Sie den Auftrag im Sinne der Regierung.

Darms-Landolt: Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber das Votum von Kollege Degiacomi motiviert mich, jetzt doch etwas zu sagen. Ich hatte jemanden wie er, der gerne gearbeitet hätte. Der konnte auch schon sehr gut deutsch. Ein junger Afghane. Und ich hätte ihm eine Praktikumsstelle geboten oder wir auf unserem Hof, aber es war einfach unmöglich, eine Bewilligung für ein Praktikum zu bekommen. Ich weiss nicht, wie viele Telefone ich gestartet habe. Schlussendlich hat man mich an den schweizerischen Bauernverband verwiesen. Es gibt ein Projekt dort. Aber die Anzahl der Praktikumsstellen, die bewilligt werden, sind sehr beschränkt. Das sind ganz wenige. Und das Projekt läuft jetzt. Ich bin darum froh, dass im Auftrag die Wichtigkeit der Praktika genannt, also in der Antwort die Wichtigkeit der Praktika genannt wird und dass die Regierung auch anerkennt, dass es ein effizientes Bewilligungsverfahren sowie eine grosszügige Handhabung braucht. Ich bin dann auch froh, wenn das wirklich umgesetzt wird. Ich meine ein Praktikum ist immerhin ein Einstieg. Falls es beidseitig funktionieren könnte, könnte mit der Zeit mehr daraus entstehen und immerhin als Minimum hat er eine Referenz der Praktikant, die er mitnehmen kann. Irgendwo muss man beginnen. Und ich lebe seit einiger Zeit, meine Nachbarn, meine neuen Nachbarn sind eine syrische Flüchtlingsfamilie. Und ich sehe tagtäglich, was für ein anderes Leben die führen. Und wenn man jemanden so als Praktikanten einmal ein bisschen mitnehmen könnte, wäre das schon ein bisschen näherführen an unsere Lebensweise. Also es hätte ganz viele Vorteile.

Und ich bin der Meinung, ein Weg über viele Kurven ist doch ein besserer Weg als die Sackgasse zum Sozialamt.

Standespräsident Dermont: Bevor wir diesen Auftrag bereinigen, übergebe ich das Wort Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Danke für die Diskussion. Und das Hauptziel ist, dass die Flüchtlinge langfristig wirtschaftlich unabhängig werden. Und wenn ich Flüchtlinge erwähne, dann meinen wir die anerkannten Flüchtlinge und die vorläufig Aufgenommenen. Und da ist natürlich zu unterscheiden zu den Asylsuchenden. Während dem sie Asylsuchende sind, können die nicht arbeiten. Es ist die Frage, inwiefern man da Beschäftigungsprogramme auf die Beine stellen kann für die Asylsuchenden. Aber der Fokus ist auf die Flüchtlinge, nachdem sie anerkannt sind. Wir hoffen natürlich, dass bei den Asylsuchenden mit der Asylgesetzesrevision auf Bundesebene, dass die Verfahren schneller abgeschlossen werden können, innerhalb dieser 140 Tage. Und dass das weniger Asylsuchende gibt, die an sich ja umherstehen und keine Beschäftigung auf lange Zeit, auf Monate hinweg haben. Das Wichtigste bei den anerkannten Flüchtlingen ist, dass sie die Sprache erwerben, dass sie die Sprache lernen, und dass sie beruflich an der Qualifikation arbeiten können. Und das sind die zwei zentralsten Punkte. Und das Amt für Integration, also die berufliche Integration über die Fachstelle Integration, die hat als Grundsatz, dass gemäss den individuellen Fähigkeiten und Potenzialen, teilweise auch den Wünschen entsprechend, langfristige Lösungen mit entsprechenden Perspektiven wenn möglich gefunden werden sollen. Und nicht so schnell als möglich irgendein Job. Sondern wir müssen schauen, dass diejenigen, die eben anerkannt sind, wenn möglich eine gute Lösung finden, damit sie im ganzen Arbeitsprozess vermutlich über Jahrzehnte hinweg, wenn sie sich nicht entscheiden, wieder nach Hause zu gehen, dass sie die bestmöglichen Voraussetzungen haben.

Der Kanton betreut die Asylsuchenden, bis der Entscheid vorliegt und berät die Flüchtlinge und die vorläufig Aufgenommenen bei der beruflichen und sozialen Integration. Wird dann eine Person als Flüchtling anerkannt oder vorläufig aufgenommen, liegt die Zuständigkeit für die Unterstützung bei den Gemeinden. Die berufliche Integration von Flüchtlingen erfolgt in erster Linie über die Regelstrukturen. Das heisst über die Schule, die Berufsbildung oder die Arbeitswelt. Aber hier spielt die Fachstelle Integration eine zentrale Rolle. Mit den Angeboten im Bereich Sprache und Alltagsorientierung. Damit werden die Personen im Integrationsprozess unterstützt und erhalten wenn möglich den Anschluss an die Regelstrukturen. Es wurde die Frage gestellt bezüglich der Vernetzung mit der Wirtschaft. Die Job-Coaches der Fachstelle Integration sind direkt in Kontakt mit verschiedenen Arbeitgebenden. Und das soll den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen, und noch intensiviert werden. Wir haben regelmässig einen Meinungsaustausch von Seiten der Regierung mit den Dachorganisationen der Wirtschaft und behandeln bei dieser Gelegenheit auch solche und andere aktuelle Fragestellungen. Bezüglich der Integration von Flüchtlingen in den Ar-

beitsmarkt ist es aber wie erwähnt, vor allem die Fachstelle Integration, die mit den Arbeitgebenden in Kontakt steht. Wir können aber auch die Wirtschaftsverbände noch diesbezüglich, weil das je länger je mehr einem Bedarf entspricht, dass wir Lösungen finden für die anerkannten Flüchtlinge, sensibilisieren. Oft sind die Sprachkenntnisse für den Arbeitsmarkt unzureichend. Das stellen wir immer wieder fest. Ich habe auch von einem Fall gehört, die Person hat unzählige Sprachkationen erhalten und die arbeitet an einem Ort, aber es ist nach wie vor schwierig, diese Person voll integrieren zu können, weil sie sprachlich einfach immer noch nicht die Kenntnisse hat, die nötig wären, um einigermaßen selbständige Arbeiten zu erledigen. Und es braucht viel guten Willen von Seiten der Arbeitgeber, der betreuenden Drittpersonen und auch der betroffenen Personen, um da einen Schritt weiterzukommen. Es ist keine einfache Aufgabe. Und wir nehmen natürlich mit Freude zur Kenntnis, dass die Erwerbsquoten anerkannter und vorläufig aufgenommener Flüchtlinge in Graubünden um einiges höher sind als im schweizerischen Durchschnitt. Dem ist so. Und das heisst aber noch nicht, dass die Quote bereits ausreichend ist. An sich wollen wir ja langfristig, nach einer Aufenthaltsdauer dann von verschiedenen Jahren, wollen wir die Fälle, die im Sozialbereich landen oder bleiben, minimieren. An sich muss unser Grundsatz sein, dass schlussendlich alle oder dann so viele als möglich im Arbeitsprozess überführt werden können. Die Pläne, die wir haben, mit welchen Programmen oder mit welchen Angeboten, dass wir diese Flüchtlinge integrieren wollen, das ist von zentraler Bedeutung, mit den verschiedenen Angeboten im Bereich Schnupperlehren und auch weiteren Beschäftigungsangebote.

Die Erwerbstätigkeit für ausländische Arbeitskräfte ist an sich im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer geregelt. Und da sind eine Meldepflicht und eine Bewilligung vorgesehen. Und grundsätzlich haben Arbeitnehmende aus der Schweiz und aus der EU und EFTA-Staaten den Vorzug gegenüber Arbeitnehmenden aus Drittstaaten. Das wissen wir. Die zuständigen Ämter KIGA, AFM und SOA sind aber bereits dabei, die Bedingungen und Voraussetzungen für Schnupperlehren festzulegen. Damit sollen die Bewilligungen rasch erteilt werden können. Die arbeitsrechtlichen Regelungen sollen aber trotzdem eingehalten werden. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten, wie beim Gemeinwesen oder gemeinnützigen Organisationen werden geprüft. Punktuell haben wir bereits solche Sachen. Vor allem beim Gemeinwesen und gemeinnützigen Organisationen. Und da müssen wir schon aufpassen. Das hat Grossrätin Holzinger gesagt. Wenn man da auch in der Privatwirtschaft so etwas akzeptieren würde, dann ist immer die Frage des Verdrängungskampfes und der unterschiedlichen Bedingungen. Und da ist Vorsicht geboten. Da ist auch die Aufsicht ziemlich gross. Wir hatten ein Beispiel bei einer Gemeinde, die an sich spontan solche Angebote bei der Forstgruppe ermöglichen wollte und in Absprache mit verschiedenen Ämtern haben wir und die Gemeinde einen Konsens gefunden und gesagt, in der gemeindeeigenen Forstgruppe sollen die ein Beschäftigungsprogramm haben. Die sollen dort aktiv werden

können, ohne dass es eine Marktverzerrung gibt und ohne dass es da zu einem Verdrängungskampf zu anderen Arbeitnehmern kommt. Aber es ist eine Gratwanderung. Momentan habe ich da keine Lösungen. Aber wenn die Flüchtlinge anerkannt sind, dann sind sie halt auch auf dem Arbeitsmarkt. Dann müssen wir schauen, dass wir auch für diejenigen, neben allen anderen, seien es Schweizer oder Europäer, versuchen eine Lösung zu finden.

Der Zeitplan: Grossrat Perl hat im Weiteren noch nach dem Zeitplan gefragt. Es handelt sich um laufende Prozesse und wir versuchen, mit den vorhandenen Ressourcen das Möglichste zu tun. In einzelnen Bereichen werden dieses Jahr erste Ergebnisse erwartet. Und die effektiven Resultate im Sinne einer erfolgreichen beruflichen Integration, die werden wir aber erst in einigen Jahren sehen. Das ist klar. Das ist ein Prozess. Und man wird auch mit Rückfällen konfrontiert.

Zu den Zahlen: Dieses Jahr, im Jahr 2016, vielleicht interessiert Sie das auch noch, haben im Kanton Graubünden total 95 Personen das Bleiberecht als Flüchtlinge erhalten, 61 wurden als Flüchtlinge anerkannt davon und die restlichen 34 wurden als vorläufig aufgenommen als Flüchtlinge.

Die Frage von Grossrätin Casanova bezüglich der Leseart der Regierung. Wir haben unsere Ausführungen da dargelegt. Wir haben zwar am Schluss gesagt, in diesem Gesamtrahmen sollen z.B. auch weitere Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein einfacher Zugang zu Schnupperlehren geprüft werden. Wir sind offen für neue Möglichkeiten, damit die anerkannten Flüchtlinge mit der Arbeitswelt und überhaupt mit unserer Mentalität in intensiverem Rahmen konfrontiert werden und noch mehr Möglichkeit haben, damit wir das Endziel erreichen, dass die dann schlussendlich sozial und beruflich integriert sind. In dem Sinn sind wir bereit, weitere Massnahmen noch zu prüfen. Aber ich kann Ihnen jetzt noch nicht sagen, wie sich das konkretisieren liesse. Da müssen wir zuerst die Erfahrungen sammeln. Aber wir werden auf alle Fälle unsere bisherigen Bestrebungen in diesem Sinne fortsetzen und offen sein auch für neue Möglichkeiten.

Standespräsident Dermont: Dann bereinigen wir den Fraktionsauftrag der SP. Wir stimmen ab. Wer diesen Auftrag im Sinne der Regierung überweisen will, der drücke die Taste Plus. Wer den Auftrag nicht überweisen will, drücke die Taste Minus und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag mit 94 zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen überwiesen.

Beschluss

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 94 zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Dermont: Zum Programm. Ich habe versprochen, dass ich eine Pause mache. Wir machen jetzt eine kleine Pause bis 16.15 Uhr und ich möchte nach der Pause noch den Auftrag und die zwei Anfragen behandeln. Da die Aufträge, die von der Regierung ent-

gegengenenommen werden, auch längere Diskussionen beinhalten, was ich gerne zulasse, kommen wir halt ein bisschen langsamer vorwärts, als von uns hier aus vorgehen. Dafür müsst Ihr Verständnis haben. Und um 17.00 Uhr beenden wir dann den Sessionstag. Also ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie 16.15 Uhr wieder pünktlich da wären für die restlichen drei Geschäfte.

Standespräsident Dermont: Gut, darf ich Sie bitten Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können. Wir kommen zum Auftrag Stiffler, Chur. Wie wir aus der Antwort der Regierung sehen, ist die Regierung bereit, im Sinne der Regierung den Auftrag entgegenzunehmen. Ich frage Sie an, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. Das Wort wird verlangt von Grossrätin Stiffler Vera.

Auftrag Stiffler (Chur) betreffend freies WLAN im bewohnten öffentlichen Raum (Wortlaut Februarprotokoll 2016, S. 626)

Antwort der Regierung

WLAN ist heute weit verbreitet. Anbieter von Fernmeldediensten und Kabelnetzbetreiber (darunter auch viele regionale) bauen WLAN-Angebote laufend aus, sei es für ihre eigenen Kunden oder im Auftrag Dritter für deren Kundschaft. Entsprechend bieten die verschiedensten Unternehmen in den unterschiedlichsten Branchen selbst oder über solche Fernmeldedienstleister WLAN an (SBB, Postauto, weitere Verkehrsbetriebe, Flughäfen, Tourismus, Gastronomie, Detailhandel, Geschäfte etc.). Die Nutzung von WLAN ist oft nicht kostenlos oder auf eine bestimmte Dauer beschränkt und zudem häufig mit einer Registrierung verbunden. Eigentliche von öffentlicher Hand aufgebaute und betriebene Public WLAN sind dagegen praktisch keine vorhanden. Das WLAN in Teilen der Stadt Luzern wird vom lokalen Energie- und Wasserversorger (ewl) gemeinsam mit Sponsoren angeboten. Das WLAN in der Stadt St. Gallen (sechs Hotspots, ausgewählte Busse) wird von den Sankt Galler Stadtwerken betrieben. Soweit ersichtlich bietet nur die Stadt Locarno selbst (über die Firma ticino.com) ein paar WLAN-Hotspots an. Die Städte Basel, Bern und Zürich verfügen über keine derartigen Angebote. In der Gemeinde Flims hat die Flims Electric ohne Zutun der Gemeinde ein WLAN-Angebot aufgebaut (neun Hotspots). Grund für diese herrschende Angebotsstruktur ist, dass für den Betrieb von WLAN idealerweise ein Internet-Anschlusspunkt eines Kabelnetzes vorhanden ist. Kabelnetzbetreiber sind daher prädestiniert für solche Angebote. Ein Anschluss bzw. Angebot über Mobilfunk ist zwar möglich, aber entsprechend aufwendiger und teuer.

Der Wettbewerb im Fernmeldewesen funktioniert in der Schweiz, sowohl bei Breitband und Mobilfunk als auch bei WLAN. Entsprechend sind die Infrastrukturen sowie Angebote auf einem hohen Niveau und werden laufend ausgebaut. Zu berücksichtigen ist auch die rasante Entwicklung, welche die Bedeutung von WLAN künftig relativieren könnte (Mobilfunktechnologie 5G, Abschaf-

fung Roaming-Gebühren etc.). Zuständig für das Fernmeldewesen ist der Bund. Der Kanton setzt sich weiterhin dafür ein, dass sein Gebiet mit schnellen und zeitgemässen Fernmeldeverbindungen erschlossen ist, unabhängig der Technik.

Im Tourismus (in Hotels und anderen Infrastrukturobjekten, in Schneesportgebieten etc.) gehört WLAN heute zum Standard. Im öffentlichen Raum ausserhalb von Gebäuden und Objekten kann an stark frequentierten Orten aber von einem weiteren Bedürfnis nach WLAN ausgegangen werden, da die Verwendung mobiler Geräte für die Informationsbeschaffung und für Buchungen (gleich vor Ort) zunimmt. Vor allem für ausländische Gäste ist aus Kostengründen ein solches Angebot auch ausserhalb von Gebäuden und Objekten interessant, während Schweizer Gäste aufgrund der weit fortgeschrittenen Abdeckung mit schnellem Mobilfunk und der heute je länger je mehr gängigen Flatrate-Abonnements Alternativen haben.

Die RhB hat mit der Swisscom ein Pilotprojekt am Bahnhof St. Moritz umgesetzt (Kosten Installation Fr. 10 000.–, Betrieb jährlich Fr. 16 000.–). Würden alle 26 wichtigen RhB-Stationen mit WLAN ausgerüstet, ergäbe dies Kosten von ungefähr Fr. 100 000.– einmalig und Fr. 150 000.– jährlich. Eine Ausweitung des freien WLAN auf den fahrenden Zug wäre massiv komplizierter und teurer (Investitionskosten im hohen zweistelligen Millionenbereich). Die SBB hat WLAN an 80 Bahnhöfen, aber nicht im fahrenden Zug – dort setzt sie auf Signalverstärker für besseren Mobilfunkempfang, da die Kosten bei kostenlosem WLAN im fahrenden Zug zu hoch wären (nur die Datenkosten würden im dreistelligen Millionenbereich liegen).

Der Kanton kann (ausserhalb seines eigenen Verwaltungsnetzes) mangels Ressourcen, gesetzlicher Grundlagen und technischer Voraussetzungen weder ein WLAN installieren noch betreiben. Dritte müssen dies vollständig übernehmen. Für die Ausarbeitung eines Konzepts müssen ebenfalls Externe beauftragt werden, da sehr viele, oft lokalabhängige Fragestellungen (Standortevaluationen, Bedarfsabklärungen, Partnerschaften, Kosten- und Nutzenberechnungen, technische Lösungen etc.) zu beantworten sind. Ein umfassendes „kantonales“ Konzept nach dem Top Down Ansatz ist deshalb kaum zielführend und im Übrigen auch nicht umsetzbar. Die Frage des Angebots von freiem WLAN muss nach dem Bottom Up Ansatz geprüft werden, je nach spezifischen Bedürfnissen und lokalen Gegebenheiten. Gemeinden, Anbieter und Partner aus der Wirtschaft müssen über Vorteile, Bedarf, Kundennutzen, Kosten, Tragbarkeit und Standorte selbst entscheiden. Angesichts der Bedeutung der Fragestellung will der Kanton jedoch eine Potenzialanalyse in Auftrag zu geben, welche als Grundlage für den allfälligen Ausbau von WLAN an stark frequentierten Orten im öffentlichen Raum durch die interessierten Akteure dienen kann.

In diesem Sinne ist die Regierung bereit, den Auftrag entgegenzunehmen.

Stiffler (Chur): Ich wünsche Diskussion.

Antrag Stiffler (Chur)

Diskussion

Standespräsident Dermont: Frau Stiffler wünscht Diskussion und ich frage Sie an, ob Sie dagegen opponieren? Das ist nicht der Fall, Sie haben das Wort.

Abstimmung

Diskussion wird mit offensichtlichen Mehr beschlossen.

Stiffler (Chur): Um was geht es eigentlich in diesem Vorstoss? Die Unterzeichner wollen ein Konzept in Auftrag geben für die Umsetzung von kostenlosem WLAN im öffentlichen bewohnten Raum, damit dies als eine Art Leitfaden im Zusammenhang mit den Gemeinden und Drittpartnern schrittweise aufgebaut werden kann. Was die Auftraggeber aber nicht wollen, und das wurde eventuell von der Regierung falsch verstanden, die Auftraggeber haben mit keinem Wort erwähnt, dass der Kanton verantwortlich sein soll für die Installation von WLAN, das Betreiben oder sogar für die Finanzierung. Das steht mit keinem Wort in meinem Auftrag, dies nur so zur Klärung, weil ich gehört habe, dass ein paar Grossräte das so verstanden haben. Die Regierung ist dennoch bereit, den Auftrag in ihrem Sinn entgegenzunehmen, indem sie eine Potentialanalyse in Auftrag geben möchte. Ja, dass Potential vorhanden ist, liegt glaube ich auf der Hand. Schauen Sie nur mal das Verhalten vom Tourist an. Der Tourist, der informiert sich online, das ist nichts Neues. Schauen Sie mal zu unseren touristischen Partnern, z.B. da wo Sie heute Abend hingehen. Über 300 Hotspots hat die Weisse Arena installiert und sie ist dran noch massiv digital am Ausbauen. Ja, das hätten sie sicher nicht gemacht, wenn kein Potential vorhanden wäre. Das Unterengadin hat mit dem Projekt Mia Engiadina, das auch schon mehrmals hier thematisiert wurde, baut bis Ende Jahr 50 Public WLAN Standorte, übrigens mit Unterstützung der Regierung. Falls Sie die neue Strategie von Graubünden Ferien verfolgt haben, die kürzlich in den Medien war, haben Sie erfahren, dass eines der Kernelemente der Aufbau von einem Kompetenzzentrum für Digitalisierung ist. Ich würde also sagen, dass Potential vorhanden ist, liegt auf der Hand. Mit einer Potentialanalyse verlieren wir ein bis zwei Jahre Zeit und Geld und am Schluss wissen wir, dass Potential vorhanden ist. Der Gast, der Gast, was will er heute? Der Gast, der informiert sich erstens Mal online, er bucht sein Hotelzimmer online, sein Flug, er möchte auch das Zugticket online buchen, das Skiticket, er möchte den Parkplatz online buchen, das Restaurant und er möchte auch noch online bezahlen. Das ist die Zukunft von heute. Im besten Fall spricht der Gast über seine guten Erlebnisse im Kanton und dann wäre es gratis Werbung für uns. Im schlechtesten Fall spricht er aber über seine schlechten Erlebnisse im Kanton, nämlich z.B. wie langsam es ist in Graubünden online zu gehen, wie hoch die Roaming Gebühren sind, und dass die Innovation wohl ins Tirol abgewandert ist. Apropos Tirol, das Tirol investiert im Moment 50 Millionen Euro ins schnelle Internet, 50 Millionen Euro, und sie haben es geschafft, innert zwei Jahren hundert Gemeinden ans schnelle Internet anzuschliessen. Und das Tirol hat übr-

gens keine Logiernächte-Rückgangproblematik, also sie sind uns auch da eine Nasenlänge voraus.

In der Antwort hat die Regierung noch die technischen Aspekte angesprochen. Dass die Swisscom, Salt und Sunrise mehrere tausend WLAN Hotspots anbieten, ist ja gut und recht. Meist aber in stark besiedelten Räumen. Aber das nützt eigentlich nur einem Abonnenten eines Flatrates Abo etwas, für den Tourist generieren wir eine Zweiklassengesellschaft damit. Die WLAN Technologie wird gemäss Experten auch bei der Einführung von 5G wichtig und attraktiv bleiben, da sie grundsätzlich viel leistungsfähiger und kostengünstiger ist. Und ob 5G überhaupt kommt, da sind sich sogar die Experten uneinig. An einem Crestasee oder einem Heidsee werden sie noch lange kein 5G haben, es ist schlicht und einfach zu aufwändig und zu teuer. Es wird also noch lange weiterhin beides brauchen, beides parallel. Und was, wenn die Roaming Gebühren gar nicht abgeschafft werden? Also einfach diese Hypothesen, wo man sagt, ja jetzt kommt ein 5G und das Roaming wird abgeschafft, wir brauchen das alles nicht mehr. Wir wissen das nicht. Und wenn wir jetzt einfach nichts tun, dann stehen wir dann wirklich ganz hinten an auf der innovativen, digitalen Tourismusliste.

Ich habe mir übrigens auch noch ein paar Gedanken übers Konzept gemacht, das muss man zwar nicht als Grossrat, ich habe es aber gemacht, weil ich nicht gerne Papiertiger habe, die in der Schublade enden. Was würde denn so ein Konzept alles inkludieren? Selbstverständlich mögliche Standorte, potentielle Partnerschaften, mögliche Betreiber, Kosten- und Nutzenberechnungen, technische Lösungen etc., aber das Konzept würde doch auch Auskunft geben über den Zusammenhang von Glasfasernetzen, Breitbandinternet und WLAN. Und das ist ganz wichtig, weil WLAN ist nicht einfach etwas Angekoppeltes, es liegt auf der Hand, dass der Bau von WLAN eng mit der Glasfaserthematik verknüpft ist. Hier müssten halt die Gemeinden und die Elektrizitätswerke und weitere Partner vermehrt in die Grundinfrastruktur investieren und das ist ganz wichtig, in den Bau und Ausbau von Breitbanddiensten. Und in diesem Zusammenhang, was viele nämlich nicht wissen, es existieren bereits viele Rohrtrassen, um darin leistungsfähige Glasfaserverbindungen zu erstellen, es ist sehr viel schon vorhanden, man weiss es vielleicht einfach nicht so. Das Konzept würde aber auch über Synergien Auskunft geben, z.B. könnte man sich überlegen, ob dieses Projekt Mia Engiadina auf andere Regionen übertragen werden könnte. Und dieses Projekt wurde übrigens angestossen von der Regierung und auch mitfinanziert. Also dort wurden schon ganz viele Überlegungen gemacht, man müsste gar nicht bei null anfangen. Aber auch Trends müsste man in einem Konzept analysieren, z.B. weiss man heute, dass es in wenigen Jahren über eine Milliarde sogenannte digitale Businessnomaden gibt. Freelancer, die irgendwo auf der Welt arbeiten wollen, sofern sie Zugang zu schnellem Internet haben. Ja, das ist doch ein riesen Potential, aber so wie es bei uns heute ist, werden sie garantiert nicht kommen. All diese Sachen müssen die Gemeinden heute alleine erarbeiten. Das kann es doch nicht sein, die Gemeinden haben das Knowhow nicht, die Zeit nicht und das Geld dafür nicht. Mit einem

übergeordneten Konzept könnten viele mühsame Schritte den Gemeinden erspart werden. Kosten könnten gesenkt werden, und es würde auch automatisch ein Wissenstransfer stattfinden. Wir müssen doch jetzt Innovation leben, wir stehen ja wirklich nicht gut da im Moment. Und die Konkurrenz, ich habe es vorhin gesagt mit dem Tirol, die ist uns einfach jetzt schon ein Schritt voraus. Wir Grossräte müssen doch auch mal den Mut haben, die klassischen Pfade einer Standortförderung zu verlassen und über neue Modelle nachdenken. Und ein WLAN-Konzept, wie ich dies mit dies mitunter fordere, wäre genau ein erster Schritt in die digitale Erschliessung unseres Tourismuskantons. Wir haben nun einfach die Wahl, wir können den Auftrag in ursprünglichem Sinn überweisen und ein Konzept erarbeiten lassen, den allen Partnern und vor allem den Gemeinden etwas bringt. Wir können aber auch quasi nichts machen, sprich eine Potentialanalyse in Auftrag geben und wissen, dann in ein, zwei Jahren, dass Potential vorhanden ist und dieses Geld haben wir dann irgendwie versenkt. Es gilt ja auch diese Binsenweisheit: Die beste Methode, um ein Projekt zu verhindern, ist bekanntlich mehrere Analysen in Auftrag zu geben. Ich meine aber, dass wir gar nicht darum herum kommen, uns Gedanken über die digitale Zukunft zu machen, auch für unsere kommenden Generationen. Ich bitte Sie, den Auftrag in meinem Sinn zu überweisen oder gar nicht. Lieber überweisen Sie gar nichts, denn dann tun wir heute bewusst nichts und müssen dann aber auch nicht reklamieren, aber im Sinne der Regierung überweisen, bitte ich Sie wirklich, diesen Schritt nicht zu tun. Selbstverständlich bitte ich Sie aber, in meinem Sinn, also im ursprünglichen Sinn zu überweisen.

Antrag Stiffler (Chur)

Überweisung des Auftrages in der ursprünglichen Fassung.

Caduff: Ich kann mich kurzhalten, da ich vielem was von meiner Vorrednerin erwähnt wurde, zustimmen kann. Die Unterzeichnenden verlangen ein Konzept für die Umsetzung von kostenlosem und zugangsfreiem WLAN in bewohnten öffentlichen Raum. Wenn ich dann die Antworten der Regierung lese, dann heisst es: Angesichts der Bedeutung der Fragestellung will der Kanton jedoch eine Potentialanalyse in Auftrag geben. Was von Potentialanalysen zu halten ist, da bin ich der gleichen Meinung wie Kollegin Stiffler. Dann führt die Regierung weiter aus, welche als Grundlage für den allfälligen Ausbau von WLAN an stark frequentierten Orten im öffentlichen Raum usw. und so fort. Also die Regierung schränkt es nochmals ein indem nur an stark frequentierten Orten, ja was sind dann stark frequentierte Orte? Ich nehme an, davon hat es nicht gerade viele in unseren Bergdörfern. Viel entscheidender, und da kann ich mich dem Votum von Kollegin Stiffler anschliessen, viel entscheidender wäre eine Strategie zur raschen und zwar flächendeckenden Breitbandvernetzung im ganzen Kanton und zwar unter Einbezug aller dazu bereits vorhandenen Ressourcen der öffentlichen Hand, und da meine ich genau das, was Kollegin Stiffler gesagt hat. Es sind Leerrohre vorhanden und zwar sowohl vom Kanton, von den Gemeinden, von Staatsbetrieben usw. und so fort.

Hier müsste man einfach ein wenig Anstrengungen unternehmen und ein kantonales Infrastrukturinventar erstellen. Denn genau das wäre dann die Basis für die privaten Anbieter, dass sie wüssten wo die Leerrohre sind, welche verfügbar sind, wo man eine solche Breitbandvernetzung einziehen könnte, und wie Kollegin Stiffler gesagt hat, das wäre dann die Basis für ein WLAN. Sollte der Auftrag nicht im Sinne von Kollegin Stiffler angenommen werden, werde ich mir tatsächlich überlegen, einen solchen Auftrag einzureichen, welches ein Infrastrukturinventar fordert. In diesem Sinne, bitte ich, den Auftrag im Sinne der Unterzeichnenden zu überweisen.

Koch (Igis): Vorneweg. In zwei Punkten bin ich mit meinen Vorrednern völlig einig. Die Potenzialanalyse, die der Kanton fordert, bringt auch aus meiner Sicht nichts, denn das Potenzial ist bekannt. Ebenfalls teile ich die Ansicht zur Breitbandversorgung in der öffentlichen Hand, dass die Leerrohre vorhanden sind, dass hier gesetzliche Grundlagen allenfalls angepasst oder Vorschriften gelockert werden müssen, damit wir Zugang zu diesen Netzen oder zu diesen Leerrohren erhalten werden. Es darf aber nicht Aufgabe des Kantons werden, diese Infrastruktur zu bauen. Ich glaube, hier sind genügend Player vorhanden. Nun möchte ich aber doch auf den eigentlichen Auftrag eingehen, denn uns wurde jetzt nur der erste Teil des Satzes, was die Unterzeichnenden eigentlich fordern, kundgetan und zwar geht der Satz noch weiter: „und es in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und weiteren interessierten Partnern, schrittweise aufzubauen und rasch voranzutreiben.“ Und genau hier sehe ich den Kanton schlussendlich in der Pflicht, dass er auch das WLAN aufbauen und schlussendlich betreiben muss.

Was ist WLAN überhaupt? Schauen wir uns das an, in einer Topologie-Sicht. Dann ist WLAN ein Dienst, ein Dienst den viele private Anbieter anbieten können. Viele private Anbieter setzen sich mit der Problematik auseinander und die können das ganz sicher immer besser als es der Kanton kann. Wir haben hier in dieser Fragestellung aber auch ein grosses Problem mit übergeordnetem Recht. Und zwar, z.B. die Anpassung des BÜPF, sie haben das alle mitbekommen, das Bundesgesetz betreffend der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, aber auch das neue Nachrichtendienstgesetz bietet hier ganz neue Herausforderung an diese Anbieter. Wie gehen wir damit um, wie speichern wir die Daten? Wie registrieren wir ausländische Gäste? Das sind alles Probleme, mit denen wir uns in dieser Fragestellung WLAN auseinandersetzen müssen. Diese, da gebe ich ihnen Recht, wenn wir das Projekt vorantreiben wollen, dann müssen wir an diesem übergeordneten Recht, da müssen wir schrauben, da müssen wir schauen, dass wir dafür Lösungen erhalten. Nochmals kurz etwas zum Potential. Ich habe es erwähnt, das Potential ist heute vorhanden. Vor ein paar Jahren haben wir uns selbst, ich persönlich zumindest, die Frage gestellt, wenn ich in Urlaub gehe, wenn ich die Schweiz verlasse, gibt es in meinem Hotel WLAN? Bereits heute ist das in Europa für mich kein Thema mehr. Mit den aktuellen Daten-Abos, die sie erhalten, und gerade diese sogenannten Businessnoma-

den, da können sie sicher sein, die sind so ausgerüstet. Die machen sich in Europa diese Gedanken nicht mehr. Die arbeiten in Europa von überall weg. Hier müssen wir einfach ansetzen, mit einer guten 4G-, 5G-Infrastruktur für unsere mobilen Geräte. Auch weltweit wird diese Entwicklung weitergehen, dass wir auch bereits in fünf Jahren sagen werden, es ist kein Thema mehr, wo ich weltweit unterwegs bin, ich habe meinen Zugang. Und hier der Ansatz, in der erwähnten Technologie 5G, für unsere mobilen Geräte. Wir sprechen dort von einer Datenübertragungsrate von um die zehn Gigabit. Das ist mehr, als was sie heute über ein normales Datenkabel, wenn sie das an ihrem Gerät einstecken, übertragen können. Zehn Mal mehr, als die aktuelle Technologie, wie sie sie wahrscheinlich zu Hause verwenden. Ungefähr fünfzig Mal mehr als ein gutes Wireless-Netz, das sie vielleicht zu Hause betreiben. Da können wir bereits, Swisscom hat es angekündigt, ab 2020 mit dem Ausbau beginnen, weil ab 2020 die alte 2G-Technologie, die bereits mehrere Jahre alt ist, abgeschaltet wird, und diese belegt heute, wird noch für 0,5 Prozent der Dienste verwendet, und braucht aber 30 Prozent der Antennenkapazität. Also wir werden in den kommenden Jahren mehr als genügend Kapazität vorhanden haben, um diesen Ausbau zu machen. Aufgrund dieser Ausführung bin ich für mich zum Schluss gekommen, dass weder der ursprüngliche Auftrag Stiffler etwas bringt, noch die Potentialanalyse des Kantons und werde deshalb beide Varianten ablehnen.

Heiz: Auch ich kann mich mit der Antwort der Regierung nicht richtig anfreunden. Alles was sie in ihrer Antwort sagt und darlegt, mag technisch und juristisch stimmen, wie z.B., dass der Kanton nicht selber WLAN-Hotspots bauen und betreiben kann. Das ist klar. Dafür sind andere verantwortlich. Es geht auch nicht darum, dass der Kanton dafür bezahlen sollte. Es ist ebenfalls richtig, dass genaue Bedarfsanalysen sicher lokal gemacht werden müssen. Aber ob deswegen in Sachen Telekommunikation alles Bottom-up von anderen angetrieben werden soll, bezweifle ich trotzdem. Wenn die Regierung Telekommunikation und insbesondere Internetzugang über WLAN im öffentlichen Raum effektiv als strategisch wichtig für den Kanton, für Tourismus und Wirtschaft, betrachtet und auch etwas dafür tun will, dann sollte dieser Wille konkret und griffig zum Ausdruck gebracht werden. Wie, ist offen, das weiss ich auch nicht. Es können Leistungsaufträge sein im gesetzgeberischen Gebiet, wie gesagt, das muss untersucht werden, aber nur eine Potentialanalyse in Auftrag zu geben, scheint mir eine zu schwache Botschaft in dieser wichtigen Sache. Und deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Auftrag Stiffler unverändert zu überweisen.

Peyer: Weil ja Fussball-EM ist, wir sollten nicht Europameister im versieben von Chancen werden, und wir sind hier auf dem besten Weg. Wir haben schnell nachgeschaut, wir haben im Jahre 2008 einen Vorstoss gemacht zum Thema. Geschehen ist bis heute nichts. Wir haben im Jahr 2010 einen Vorstoss gemacht zum Thema. Geschehen ist bis heute nichts. Der damalige Grossrat

Cavigelli, heute Infrastrukturminister, hat im Jahr 2009 einen Vorstoss gemacht zu dem Thema. Geschehen ist nichts. Im Jahre 2013 haben wir es nochmals versucht. Die Fortsetzung des Satzes kennen Sie. Jetzt macht Vera Stiffler einen Versuch. Vielleicht ist es nicht der beste und der technisch durchdachteste Vorstoss aller Zeiten, aber es ist immerhin ein weiterer Versuch, dass dieser Kanton endlich vorwärts macht und sich auf den technologischen Stand bringt, der heute Standard ist, und deshalb bitte ich Sie, überweisen Sie den Vorstoss so, wie er eingereicht wurde.

Hardegger: Ich bin kein Technologiesachverständiger, es hat mich jetzt aber erstaunt, dass Ratskollege Koch beide, also den Auftrag und die Ansicht der Regierung, zurückweist. Mich nähme wunder, er ist für mich der Spezialist, wo er einen Weg sieht, um die Ausgangsposition des Kantons Graubünden zu verbessern. Was könnte denn die Lösung sein?

Standespräsident Dermont: Herr Koch, wollen Sie antworten? Jawohl.

Koch (Igis): Vielen Dank. Ja, geschätzter Kollege Hardegger, kann ich Ihnen gerne beantworten, und zwar sehe ich den Ansatz A in der eben erwähnten Grundinfrastruktur. Wir müssen schnelle Knotenpunkterschliessungen haben. Sehr gute Netze sind da zum Kanton vorhanden, sei es bei der Repower, sei es bei der RhB, aber, und das kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen, das grösste Problem ist beim Bundesamt für Strassen. Wenn Sie die Netze, die vorhandenen Netze des Bundesamtes für Strassen nutzen wollen, ist das dermassen problematisch, dass Sie da a) überhaupt an die Ansprechpartner kommen, b) dass Sie dann Zugang zu diesen Netzen bekommen, und hier glaube ich, müssten wir den Ansatz suchen. Hier müssen wir eine Lockerung hinbekommen oder bessere Kanäle zu den zuständigen Netzinhabern, dass wir da die Knotenpunkte schneller und besser erschliessen können. Dann können wir auch diese Dienste, sei es WLAN, seien es sonstige Dienste, die in dem Segment zu tun haben, auf dieser Grundinfrastruktur aufbauen, und da sehe ich den einen Ansatz. Der zweite Ansatz, den wir in unserem geschäftlichen Umfeld viel erleben, dass den Gemeinden ein starker Partner fehlt. Den Gemeinden fehlt schlicht das Knowhow, um z.B. mit Kabelnetzbetreibern wie der Swisscom in Verhandlungen zu gehen. Wenn das Knowhow nicht vorhanden ist in einem Gemeinderat, um sich auf dieser Ebene auszutauschen mit einer Swisscom, dass man eine Erschliessung des Dorfes bekommt, werden diese Verhandlungen sehr schwer. Und ist das Knowhow vorhanden oder werden externe Partner hinzubezogen, war es bis jetzt immer so, dass man Lösungen mit einem Kabelnetzbetreiber gefunden hat, um mindestens Strassen mit Glas erschliessen zu können und so hohe Bandbreiten relativ schnell und kostengünstig zur Verfügung stellen zu können.

Troncana-Sauer: Ich bitte Sie, den Auftrag im Sinne der Auftraggeberin zu überweisen und ich möchte einfach betonen, machen wir etwas, dass das Wissen auch zu den

Gemeinden herunterkommt, weil in den Gemeinden ist das Wissen vielfach überhaupt nicht vorhanden. Es ist kein Thema, nicht einmal in den Tourismus-Hotspots. Es gibt Gemeinden wie das Unterengadin, das bewiesen hat, die machen riesen Schritte nach vorne, und dann gibt es Gemeinden, da schläft man, weil man das Potenzial nicht erkennt. Und wenn der Kanton ein Konzept, ein übergreifendes Konzept macht, nimmt er einem an den Pfaden auf und wir bekommen mehr Wissen in unserem Kanton und es hilft allen. Und es kommt zudem günstiger, wenn der Kanton einmal ein Konzept macht, dann wissen die Gemeinden, wie sie das anpacken. Kommt der Stein einmal ins Rollen, und ich möchte wirklich sagen, das Mia Engiadina-Konzept finde ich genial, weil es am richtigen Ort anfängt, es begeistert die Leute und sie können es verstehen. Darum, überweisen Sie diesen Auftrag im Sinne der Auftraggeber, dann haben wir eine Chance, dass wir da einen kleinen Schritt weiter kommen und das Wissen langsam bis auf die Gemeindeebene hinunterkommt.

Aebli: Erlauben Sie mir noch eine Ergänzung zu den Ausführungen von Frau Troncana. Die Gemeinde St. Moritz und Pontresina sind zwar aktuell an der Erarbeitung eines solchen Konzeptes. Wir haben zwei Projekte. Das eine ist das WLAN-Projekt, wie Frau Stiffler vorschlägt, mit Hotspots. Da ist angedacht, dass man z.B. sich eben frei einloggen kann für die Gäste und auch für die Einheimischen, wie z.B. einem Hotspot im Heidiland, wo der Gast schon im Heidiland, wenn er mit dem Auto vorbeifährt, auf diesen WLAN-Kanal aufmerksam gemacht wird auf dem Handy. Das ist aber nur eine touristische Angelegenheit, in Anführungs- und Schlusszeichen. Es ist nicht gedacht für Leute, die dann im grossen Umfang Datenmengen bearbeiten wollen. Das zweite Projekt, und das ist dann das ein bisschen Herausfordernde, über das haben wir hier im Grossen Rat auch schon gesprochen. Das ist das Glasfasernetz, wie es Kollege Koch auch angesprochen hat. Und da ist es in der Tat so, die Gemeinden sind da nicht Spezialisten, auch wir mussten uns Knowhow einkaufen mit einem lokalen Fachmann, der uns beraten und uns auch die Türen geöffnet hat. Jetzt nicht zu Swisscom, sondern zu Mitbewerber, aber das ist ja auch okay und im diesem Sinne versuchen wir eben auch mit anderen Partnern, sprich RhB und Repower, das Netz aufzubauen, so dass es für die Bevölkerung dann schlussendlich kostengünstig wird.

Und vielleicht noch ein Gedanke, der mitspielen soll, und da denke ich wäre auch der Kanton gefordert. In Zukunft, und da bin ich felsenfest überzeugt, wird Glasfaserversorgung ein Grundinfrastrukturangebot sein, wie Kanalisation. Und jetzt kann man sich noch darüber unterhalten, wie finanziert man das. Man kann sagen die Öffentlichkeit, sprich die Gemeinden und der Kanton, finanzieren das und refinanzieren das über Gebühren, über verursachergerechte Gebühren, also jeder, der sich dann einloggt oder einwählt bezahlt dann über die Datenmenge, die er braucht, bezahlt er eine Gebühr und so wird der Betrieb finanziert. Wichtig in diesem Zusammenhang ist eben bestehende Infrastrukturen schon zu nutzen und nicht drei Mal das gleiche Netz aufzubauen.

Ich denke, da bin ich voll bei Jan Koch, da besteht Handlungspotential und da besteht Koordinationspotential und das wäre vielleicht eine Aufgabe, die man angehen müsste und koordiniert angehen müsste mit all den Playern auf dem Markt. Das ist sicher herausfordernd, das kenne ich aus eigener Erfahrung und ich denke, da wäre sicher auch Hilfe vom Kanton erwünscht in diesem Bereich. Aber den Rest, das muss ich Ihnen sagen, ein WLAN-Netz auf Stufe Gemeinde zu finanzieren, das ist nicht so schwierig. Mit den Mikrozellen, die sie aufstellen müssen, die können sie über Werbung finanzieren, das kostet nicht alle Welt, und da brauchen wir, Entschuldigung Vera Stiffler, auch nicht die Unterstützung des Kantons. Aber wir brauchen die Unterstützung in der Koordination, und dass nicht alle immer das Gleiche machen, und da bin ich auch bei Vera Stiffler, da müssen wir vielleicht schon einen Schritt weiterkommen, wenn wir uns auch in diesem Bereich positionieren und weiterentwickeln wollen, weil unsere Mitbewerber, die haben das. Ich war im Ausland in den Ferien. Da ist es kein Thema, da klickt man sich ein und man hat Verbindung wohin man will und das ist alles vorhanden und da haben wir Nachholbedarf. Und wie gesagt, im Oberengadin haben als Pilot einmal Pontresina und St. Moritz im Hinblick auf die WM versucht das aufzubauen und wenn das gelingt, dann werden wir selbstverständlich mit den anderen Gemeinden den Weiterausbau planen und auch besprechen, so dass eben ein Angebot auch im Oberengadin vorhanden ist.

Steiger: In der Antwort ist auch die Gemeinde Flims erwähnt. Die Gemeinde Flims ist zu 100 Prozent Aktionärin der Flims Electric und die Flims Electric macht für die Gemeinde Flims in diesem Sinne die Infrastruktur. Und in der Eignerstrategie von Flims Electric ist das auch als Geschäftsfeld definiert. Also, Flims Electric möchte in der ganzen Destination dieses Angebot bieten. Und da wurden wir von Repower bis jetzt relativ in die Schranken gezogen. Ich möchte sagen, dass das auch durchaus ein Potential von Repower ist, diese Dienstleistungen zu bringen. Das müsste man dann dort auch behandeln. Die RhB hat auch gewisse Kanäle. Ist aber so, wenn Sie das letzte grosse Debakel bei der SBB gesehen haben. Diese Glasfaserkabel wurden oberflächlich in einem frei zugänglichen Schacht gelegt und das ist dann natürlich sehr anfällig auf Sabotage. Dies noch als kleiner Hinweis zu dem. Und dann noch zum Gratis sein. Es ist nichts gratis auf dieser Welt. Man möchte dann die Gäste in dem Sinn als gläsernen Konsumenten oder mit Profilen dann bekommen. Und dann ist dann das Thema Gästekarte auch sehr aktuell, also vielleicht hören wir von Reto Gurtner heute Nachmittag noch ein bisschen von diesen Plänen. Also, da ist es sehr interessant. Und ich meine, ein Konzept oder eine Untersuchung ist jetzt sehr nützlich. Und in diesem Sinne bin ich auch für den Auftrag von Vera Stiffler in Originalversion.

Standespräsident Dermont: Ich möchte Sie anfragen, damit ich ein bisschen planen kann, gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? Dann würde ich Regierungsrat Parolini morgen antworten lassen, weil wie die Kantonspolizei mitteilt, stehen die Postautos ab 17.05 Uhr auf

dem Trottoir vor dem Grossratsgebäude. Und da muss ich pünktlich um 17.00 Uhr schliessen. Darum meine Frage an Sie, gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich das Wort Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Dann liegt es jetzt an mir, ob wir rechtzeitig auf die Postautos kommen. Die Meinungen sind, würde ich meinen, bei vielen Anwesenden gemacht. Ich bin auch der Meinung, die digitale Revolution bringt Chancen, auch für die peripheren Regionen, wenn wir sie nutzen. Aber da ist WLAN nicht matchentscheidend. Da ist die Breitbandversorgung von zentraler Bedeutung und nicht WLAN. Wir haben einige Ausführungen gehört. Vielleicht geht auch die Technik in eine andere Richtung, so dass WLAN nicht einmal langfristig wirklich so attraktiv ist wie bis anhin. Das wissen wir zwar nicht, es kann sein. Aber die Breitbandversorgung ist von zentraler Bedeutung. Und WLAN ist erfreulich, ist etwas Lokales, das viele jetzt bereits anwenden. Aber immer noch nicht so viele, wie man es an sich meinen könnte. Und wenn Grossrat Peyer sagt, dass das heutiger Standard sei, das stimmt eben leider nicht. Es gibt sogar Städte, die Stadt Bern, die hat sich einige Male mit diesem Projekt befasst, Gratis-WLAN in der Stadt Bern. Sie hat es verworfen, erst gerade kürzlich. Sie sind nicht weitergekommen und sehen, dass es sehr aufwendig ist, WLAN flächendeckend im Siedlungsbereich anzubieten. Und da kommt sofort die Bemerkung auch von Grossrat Caduff, ja bitte nicht nur bei, wie hiess es da, an stark frequentierten Orten, nein, flächendeckend. Ja gut, ja man kann alles flächendeckend, natürlich im Siedlungsbereich anbieten. Aber das Konzept wird nicht einfacher, wenn man über den ganzen Kanton flächendeckend ein Konzept in allen Siedlungen des Kantons präsentieren soll. Und ob ein Konzept schneller als zwei Jahre realisiert werden kann im Vergleich zur Potentialanalyse, die Grossrätin Stiffler bereits prognostiziert, dass diese Potentialanalyse zwei Jahre dauern würde, ja mal schauen. Vielleicht dauert das Konzept viel länger. Das ist eben auch unsere Befürchtung.

Und wir sind nach wie vor der Meinung, dass das Zentralste und das Wichtigste ist, dass der Kanton vielleicht inskünftig in vermehrter Masse, das gebe ich zu, mit der Swisscom schaut, dass die Breitbandabdeckung schneller verbessert wird im Kanton. Und wir wissen auch, Bestrebungen beim Bundesparlament, nicht zuletzt auch von Bündner Bundesparlamentariern, dass die Grundversorgungsverpflichtung von zwei Megabits, die vorläufig Gültigkeit hat und die Swisscom anbieten muss, dass diese Verpflichtung massiv erhöht werden müsste. Und da können wir nur die Bundesparlamentarier unterstützen und uns auch einsetzen, damit diese Grundversorgungspflicht massiv erhöht wird. Die Zielsetzung der Swisscom ist zwar Ultrabreitband, das wären dann 85 Megabits. Von dem sind wir natürlich in peripheren Regionen nach wie vor weit entfernt. Wir haben immer wieder punktuell Gespräche mit Gemeinden. Jetzt steht ein Treffen mit der Gemeinde Ilanz an, weil in einigen Fraktionen nicht einmal die minimale Grundversorgung gewährleistet ist. Und in anderen Fraktionen ist diese zwar gewährleistet, aber es ist immer noch unzureichend

für die heutigen Bedürfnisse. Wir haben mit der Gemeinde Arosa Kontakt. Wir haben andere Gemeinden, wo wir aktiv sind. Und wir sind der Meinung, WLAN wäre schön, wenn man das auch machen könnte. Aber wir wollen uns vor allem fokussieren auf diese Grundversorgung und in Zusammenarbeit mit Swisscom versuchen, da einiges voranzutreiben bezüglich der Breitbandversorgung. Wir begrüssen und unterstützen auch Initiativen wie Mia Engiadina. Es wurde ja erwähnt. Wir haben das Projekt finanziell unterstützt. Das bringt auch die Swisscom ein bisschen unter Druck, so dass sie sehen, es gibt Aktivitäten vor Ort. Es gibt Flims Electric, es gibt andere Betreiber und Eigentümer von Netzen, die eine Konkurrenz ja, oder ihre Monopolstellung, die Monopolstellung der Swisscom etwas angreifen. Und das ist gut so. Dann zeigen sie auch Bereitschaft, um eher auch hier zu investieren und nicht nur auf dem Minimum zu bleiben. Und WLAN, wir wollten diese Potentialanalyse machen und möchten sie nach wie vor machen, um doch noch in detaillierterem Grade aufzuzeigen, wo wirklich Bedarf ist. Denn wir kommen zum Schluss, dass viele Schweizer, Schweizer Gäste, und auch Einheimische ein Flatrateangebot haben und gar keinen grossen Bedarf nach WLAN haben ausserhalb der Gebäude. In einem Gebäude sind die Angebote ziemlich gut in der Regel. Aber viele Schweizer haben diese Flatrateabonnements. Und so geht es vor allem um die ausländischen Gäste. Und da sind wir froh, dass die RhB auch dran ist, mit einem Pilotprojekt in St. Moritz und an anderen Orten. Es wäre erfreulich, wenn da noch viel mehr investiert würde. Mit einem Konzept, sind wir der Meinung, kommen wir nicht weiter. Und ein Konzept von oben herab. Wir wollen lieber Dienstleistungen erbringen und schauen, wo es Probleme vor Ort gibt, damit wir da Hand bieten können und damit wir Partner sind auch gegenüber der Swisscom.

Also, wie gesagt, die sehr guten Netze, und das hat Grossrat Koch auch sehr klar gesagt, das ist etwas vom Zentralsten. Und wir wollen vor allem unsere Prioritäten da ansetzen. Und wenn Grossrätin Stiffler Tirol erwähnt, das wurde in der Präsentation des Leiters von Mia Engiadina bei einem Vortrag aufgezeigt, die Offensive von Tirol, das ist so. Staatliche Förderung, 50 Millionen Franken Euros, aber Breitbandoffensive, nicht WLAN-Offensive. Primär Breitbandoffensive. Ob der Kanton Graubünden dann wirklich Millionen einsetzen sollte, in einem Bereich, wo die Swisscom an sich ihre Arbeit machen sollte, bisher hat die Regierung immer gesagt, das kann nicht sein, dass wir da Millionen investieren in diesem Bereich. Ob wir es politisch fertig bringen, dass die Swisscom mit ihrem Angebot, mit ihrer Grundversorgungspflicht viel mehr anbieten muss auch in peripheren Regionen, das ist eine der zentralen Fragen. Und wir wollen jetzt da nicht Millionen einfach in den Sand setzen, damit die Swisscom dann sich eventuell zurücklehnt. Aber wir wissen, es ist ein zentrales Anliegen. Die digitale Revolution bringt Chancen und wir wollen auch dabei sein. Das ist schon so, Grossrat Peyer. Aber ob WLAN der richtige Ansatz ist, da haben wir gewisse Bedenken. Und von daher wären wir froh, wenn der Auftrag im Sinne der Regierung überwiesen würde.

Standespräsident Dermont: Dann bereinigen wir diesen Auftrag. Wie ich Frau Stiffler verstanden habe, will sie die ursprüngliche, wollen Sie nochmals das Wort?

Stiffler (Chur): Ich glaube, es ist müssig, hier auf alle Punkte einzugehen. Die Meinungen sind gemacht. Aber passen Sie auf. Kaufen Sie nicht die Katze im Sack. Unser Experte, Jan Koch, es gibt übrigens noch andere Experten im Kanton und mit denen habe ich auch geredet. 5G gut und recht und dass die Swisscom massiv in Breitbandversorgung investiert und im 2020 wir hier gut versorgt sind, finde ich super. Aber glauben Sie mir eines, ganz sicher nicht in der Peripherie. Und genau deshalb, das habe ich auch einleitend gesagt, es waren nicht alle hier, genau deshalb braucht es parallel noch weiter und genau deshalb müssen wir grad hier in der Randregion Graubünden auf WLAN setzen. Passen Sie auch auf, dass wir uns nicht abhängig machen von einer Swisscom. Also das möchte ich nicht. Da würde sich die Geschichte wiederholen. Wir haben doch gute lokale Partner, die genau das auch machen könnten. Das war jetzt mein Schlusswort.

Standespräsident Dermont: Wir stimmen so ab. Wir bereinigen zuerst die Aufträge. Und der obsiegende wird dann entweder überwiesen oder nicht. Wir stimmen so ab, wer den Auftrag im Sinne der Regierung unterstützen will, der drücke bitte die Taste Plus. Wer den Auftrag im Sinne von Grossrätin Stiffler unterstützen will, drücke bitte die Taste Minus. Und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie unterstützen mit 94 zu 16 Stimmen die Originalfassung von Frau Stiffler.

Abstimmung

In der Gegenüberstellung des Auftrags gemäss ursprünglicher Fassung mit der Fassung im Sinne der Ausführungen der Regierung obsiegt die ursprüngliche Fassung mit 94 zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Dermont: Jetzt müssen wir noch darüber abstimmen, ob wir den Auftrag überweisen oder nicht. Wer den Auftrag Stiffler überweisen will, der drücke die Taste Plus. Wer den Auftrag nicht überweisen will, die Taste Minus und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag von Grossrätin Stiffler mit 95 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Beschluss

Der Grosse Rat überweist den Auftrag gemäss ursprünglicher Fassung mit 95 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Standespräsident Dermont: Damit beende ich den heutigen Sessionstag. Ich möchte Ihnen noch mitteilen, dass eingegangen ist eine Anfrage von Jürg Kappeler betreffend Besteuerung von Startups, dann eine Anfrage von Sepp Föhn, Landquart, betreffend Pensenberechnungen für Schulleitung und Schulsekretariat. Und dann noch eine Anfrage von Grossrätin Silvia Casutt betreffend zentraler und dezentraler Stellenentwicklung der kantonalen Verwaltung. Mitteilen möchte ich auch noch, dass das Grossratsgebäude, wenn Sie zurückkommen, diejenigen, die nach Laax kommen, offen ist. Das heisst, Sie können Ihre Taschen oder was Sie auch wollen hier lassen und das Grossratsgebäude ist dann um 21.30 Uhr offen. Ich wünsche allen, die nicht mitkommen einen schönen Abend und freue mich, Sie dann in Laax zu sehen.

Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Anfrage Kappeler betreffend Besteuerung von Startups
- Anfrage Föhn betreffend Pensenberechnungen für Schulleitung und Schulsekretariat
- Anfrage Casutt-Derungs betreffend zentraler und dezentraler Stellenentwicklung der kantonalen Verwaltung

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Vitus Dermont

Der Protokollführer: Domenic Gross